

Inhalt: Das Vorprojekt einer Wasserversorgung von Strassburg. — Beschlüsse der III. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. — Notizen über ein paar Dresdener Bauwerke. — Der Tangermünder Thorthurm in Stendal und der Konflikt um die Erhaltung desselben. — Mittheilungen aus

Vereinen: Der sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein. — Architekten-Verein zu Berlin. — Vermischtes: Berliner Baubörse. — Resultate der Enquête über das Urheberrecht auf dem Gebiet der bildenden Kunst. — Berliner Stadtbahn. — Brief- und Fragekasten.

Das Vorprojekt zu einer Wasserversorgung von Strassburg.

(Fortsetzung.)

Im speziellen Theil des Vorprojekts werden die für die Stadt Strassburg möglichen Versorgungsweisen einer näheren Betrachtung unterworfen. Die direkte Versorgung aus dem Rheinstrom mit filtrirtem Wasser wird, den neueren Prinzipien entsprechend, gar nicht weiter in Betracht gezogen, weil die Gewinnung von Quell- oder Grundwasser für das Strassburger Werk keine Schwierigkeiten bietet. —

Vor Allem handelt es sich dort um die Frage: Quell- oder Grundwasser? Quellwasser ist aus dem Schwarzwald oder auch aus den Vogesen in nicht übermässiger Entfernung (ca. 23^{km}) zu erhalten; der geognostische Theil der hierzu gehörigen Untersuchungen wird im Projekt sehr kurz durch die Bemerkung abgemacht, dass Hr. Dr. Schimper in Strassburg, „der vorzüglichste Kenner der dortigen geognostischen Verhältnisse,“ sein Urtheil dahin restimirt habe, dass „sowohl an den westlichen Hängen des Schwarzwaldes als an den östlichen der Vogesen bei den dort obwaltenden geognostischen Verhältnissen jede Ausgabe für Erbohrung von Wasser in einer für Strassburg hinreichenden Quantität und Höhenlage ein weggeworfenes Geld sei.“

Unterzeichneter hat gar keine Veranlassung, in die Autorität des Hrn. Dr. Schimper irgend welche Zweifel zu setzen, allein es scheint ihm doch, dass dieser Sachverständige von einer nicht zutreffenden Voraussetzung ausgehend urtheilt, insofern er lediglich Tiefbrunnen-Anlagen oder dergleichen im Sinne hat. An Gewinnung von Grundwasser aus den Alluvien der Thäler in höheren Lagen scheint Hr. Dr. Schimper nicht zu denken, wie dies indirekt durch den Umstand bestätigt wird, dass trotz seiner sehr bestimmten Meinungsäusserung die Hrrn. Gruner & Thiem die Möglichkeit einer derartigen Wasser-Gewinnung einer näheren Prüfung unterziehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Fassung des Wassers in grosser Höhe eines kleinen Flussthals für die meisten Techniker etwas Unheimliches bzw. Abstossendes hat. Das hier zu erlangende Wasser-Quantum ist in der That schwer festzustellen und es erfordern die bezüglichen Untersuchungen oft grosse Opfer an Zeit und Geld; endlich sind auch, wie ich nicht Anstand nehme auszusprechen, die zugehörigen Aufschluss-Arbeiten für solche Lokalitäten nur erst wenigen Technikern recht geläufig. In der Regel ist man daher froh, mit einigen Zahlen das Ungünstige einer solchen Leitung nachweisen zu können, und speziell im vorliegenden Falle berechnen zu diesem Zwecke die Hrn. Verfasser des Strassburger Vorprojekts die Kosten einer Leitung von „denkbarster Billigkeit“ aus dem Breuschthal in den Vogesen, wobei vorausgesetzt wird, dass die Fassung durch eine längs der Breusch gelegte Gallerie von 500^m Länge bewirkt werden könne. Dabei werden nun die billigsten Zuleitungen auf analytischem Wege nach einer Methode ermittelt, die, wenn sie auch nicht absolut zuverlässig ist, doch für rohe Voranschläge als recht empfehlenswerth bezeichnet zu werden verdient. Durch 3 verschiedene, aus der Terrainbeschaffenheit abgeleitete Grundannahmen entstehen hierbei 3 Varianten des Vorprojekts, bei denen die wesentlichsten Anschlagpositionen folgende sind:

Variante I: 22850^m gusseiserne Leitung mit 710^{mm} Rohrdurchmesser. Reservoir von $\frac{1}{4}$ des Tages-Konsums = 3600 kb^m Inhalt auf 41^m hoher Subkonstruktion. Kosten laut Anschlag 2928000 M.

Variante II: Die Leitung wird zunächst mit 3785^m Länge und 710^{mm} Durchm. den Hängen der Vogesen folgend bis zu den Hügeln bei Achenheim und Bruschwickersheim geführt, wo ein eingebautes Reservoir von 12000 kb^m Fassungsraum angelegt werden kann. Von da führt eine Leitung von 10500^m Länge und 820^{mm} Durchm. zur Stadt. Kosten laut Anschlag 3296000 M.

Variante III: Dieselbe Durchführung wie sub 2; nur wird anstatt des grossen Reservoirs ein kleines Uebergangsbassin und das Hauptreservoir wie sub 1 auf Subkonstruktion dicht bei der Stadt gebaut. Kosten laut Anschlag 2938400 M.

Auf Grund dieser Vergleichung erklären nun die Hrrn.

Gruner & Thiem Variante I für die beste Lösung ihrer Aufgabe. Da dieser Ausspruch in der Feststellung der Kosten gipfelt, so bin ich gezwungen, auf letztere etwas näher eingehen.

Die Variante I enthält als Haupt-Position:

22850^m Gussrohr von 710^{mm} Durchm. à 92,8 M. Für heutige Verhältnisse ist dieser Preis entschieden viel zu hoch; die besten Fabriken der Reichslande und Frankreichs werden das lfd. m Rohr bei 15 Atmosphären Probedruck und 320^k Gewicht gern für 16 M. pro 100^k, also für 51,2 M. liefern, so dass das verlegte Rohr leicht mit rund 72 M. pr. lfd. m zu erhalten sein wird. Die Differenz dieser Position gegen den Anschlag beträgt daher: — 22850 · 20,8 = — 475280 M. Da aber die Leitung zum grossen Theil ihrer Länge jedenfalls nur geringen Druck auszuhalten hat, so würde auch ein Probedruck von 10 Atm. genügen und die Rohre könnten hierdurch noch erheblich billiger als angenommen beschafft werden.

Dagegen ist das 41^m hoch über Terrain aufzustellende Reservoir von 3600 kb^m Inhalt viel zu niedrig, nämlich mit nur 519440 M. veranschlagt worden. Gill veranschlagt (Journ. f. Gasbeleucht. 1874 pag. 699) ein Reservoir für Berlin bei 4638 kb^m Inhalt und 19,2^m über Terrain, also nicht halb so hoch wie das Strassburger liegend, zu 606813 M. — Das Reservoir in St. Georg bei Hamburg kostete bei 2000 kb^m Inhalt und 12,5^m Höhe 168840 M.; dasselbe ist 1854 gebaut und kostete derzeit das Kubikmeter Backsteinmauerwerk in Zement 24 M., welcher Preis heute wohl das $\frac{1}{4}$ fache gestiegen sein dürfte. Der „Aquadukt Germania“ auf Westend — ein für den Zweck der Wasserleitung freilich viel zu luxuriös ausgeführter Bau — kostete bis jetzt bei 2000 kb^m Inhalt und 29^m Höhe 1149000 M.; das statt dieses Baues vom Endesunterzeichneten projektirte Reservoir von gleichem Inhalt und gleicher Höhe würde 1873 gekostet haben 510000 M.

Da nun bei einem Reservoir vor Allem die Höhe, weniger der Inhalt die Anlage theuer macht, die Baumaterialien in Strassburg aber eher theurer wie billiger als in den vergleichsweise angeführten Orten sind, so glaubt der Unterzeichnete, dass die Kosten des Strassburger Reservoirs leicht die Summe von 700000 M. anstatt der dafür veranschlagten 519440 M. erreichen, ja diese Summe vielleicht noch übersteigen würden.

Die Kosten der Variante I stellen sich mit Rücksicht auf diese beiden Korrekturen auf 2747440 M. —

Variante II. Die hierbei zu verwendenden Leitungen aus Thonrohr sind zu theuer veranschlagt. 710^{mm} weites Thonrohr kostet in mitteldeutschen Fabriken zur Zeit 24 M. pro lfd. m. Selbst wenn man diese entfernt liegenden Bezugsquellen benutzte, würden die Rohre in Strassburg nicht höher als etwa 32 M. zu stehen kommen; vermuthlich sind aber näher liegende Fabriken vorhanden und es wird sich das lfd. m Thonrohrleitung für 40 M. incl. Verlegen herstellen lassen.

Dieses Ersparniss repräsentirt bei 14300 lfd. m Thonrohr von 710^{mm} Weite 216800 M.
An Ersparniss bei dem aus Gussrohr herzustellenden Theil der Leitung treten, unter Annahme der Einheitssätze von Variante I, hinzu:

4500 lfd. m Gussrohr, 710^{mm} weit 93600 M.
10500 „ „ 810^{mm} „ 218400 M.

zusammen 528800 M.

wonach sich die Ausführung von Variante II auf 2800000 M. stellen würde. —

Nach gleichen Einheitssätzen wie vor berechnet ergeben sich die Kosten bei Variante III zu 2656000 M.

Die nachgewiesenen erheblichen Modifikationen der veranschlagten Summen ändern zwar an dem Vergleiche der 3 Gravitations-Leitungen unter sich fast nichts, so dass Variante I auch nach diesen Aenderungen bei einem Vergleich nach dem Kostenpunkt jedenfalls die beste unter den 3 Lösungen bleibt.

(Schluss folgt.)

Beschlüsse der III. Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.

Auf der um die Mitte des vorigen Monats zu München abgehaltenen, mehrtägigen Jahres-Versammlung dieses Vereins ist über eine Anzahl von Gegenständen verhandelt und sind zahlreiche Resolutionen gefasst worden, die das Bauwesen in unmittelbarer Weise berühren. Bei der grossen Bedeutung, welche die Mehrzahl dieser Resolutionen besitzt, sehen wir uns veranlasst, dieselben, ohne das Erscheinen im offiziellen Organ des Vereins abzuwarten, nach Mittheilungen öffentlicher Blätter zur Kenntniss unseres Leserkreises zu bringen, indem wir mit Rücksicht auf den dargelegten Ursprung unserer Mittheilung etwaige Berichtigungen derselben uns ausdrücklich vorbehalten.

Für das von uns vertretene Fach waren am wichtigsten die von Dr. Varentrapp (Frankfurt a. M.) vorgelegten Thesen: „Ueber die hygienischen Anforderungen der Neubauten, zunächst in den neuen Quartieren grösserer Städte“

Diese nach spezieller Berathung mit geringen Abänderungen zur Annahme gelangten Thesen erreichen die etwas grosse Zahl von 32 und sprechen Folgendes aus:

1) Um die nothwendigen hygienischen Anforderungen an neue Stadttheile und neue Wohnungen rechtzeitig und vollständig zur Geltung zu bringen, erscheint es nothwendig, dass in den verschiedenen, mit Entwerfung, Begutachtung, Genehmigung und Ueberwachung von Stadtbebauungsplänen und Einzelgebäuden betrauten Gremien sich neben Verwaltungsbeamten und Bautechnikern ein stimmberechtigter Arzt befinde.

2) Zur Erfüllung der hygienischen Anforderungen an die Wohnungen in neuen Stadttheilen ist die frühzeitige Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich. Bei dieser Projektion ist neben der Feststellung der Grundzüge aller Verkehrsmittel (Strassen, Lokomotiv- und Pferdebahnen, Kanäle) vor Allem der Gesichtspunkt fest zu halten, dass durch Zahl, Breite, Richtung und Höhenlage der Strassen und Plätze dem hinreichenden Zutritt von Luft und Licht, sowie einer vollständigen Entwässerung und Wasserversorgung möglichst Vorschub geleistet werde.

3) Bei dieser Anlage mag auf die Gruppierung verschiedenartiger Stadttheile (für Grossindustrie, Handel etc.) Rücksicht genommen werden. Eine zwangsweise Zusammenlegung gewisser Arten von Gebäuden soll aber nur aus sanitärischen Rücksichten für Gewerbe eintreten dürfen.

4) Bei Feststellung des Bebauungsplanes ist, wenn man in dieser Hinsicht freie Hand hat, Rücksicht auf die Bodenbeschaffenheit und in Betreff der Richtung der Strassen auf die geeigneten Weltgegenden Rücksicht zu nehmen; am meisten empfehlen sich Südost-Nordwest-Strassen, gekreuzt von Nordost-Südwest-Strassen.

5) Um den Gebäuden und einzelnen Wohnungen genügend Luft und Licht zuzuführen, ist für entsprechende Breite der Strassen, mässige Höhe der Gebäude und richtiges Bauungsverhältniss der Einzelgrundstücke Vorkehrung zu treffen. Da eine grösstmögliche Breite aller Strassen nothwendig sowohl die Zahl derselben vermindern als auch zu grosse Bauquartiere im Gefolge haben würde, so empfiehlt es sich, bei Entwerfung des Bebauungsplanes Strassen von verschiedener Bedeutung, sonach auch von verschiedener Breite herzustellen, etwa a. grosse Verkehrsstrassen, Hauptadern des Verkehrs, — b. Nebenverkehrsstrassen, aber von grosser Länge, — c. kürzere Verbindungsstrassen. Für a wird eine Breite von 25^m, für b von 20^m, für c von 15^m zu fordern sein.

6) Zur Erfüllung desselben Zweckes empfiehlt es sich, einzelne Bezirke oder Strassen vorzusehen, in welchen die offene Bebauung mit beiderseitigem Weiche von mindestens je 3^m, oder Vorgärten von mindestens 3—5^m, oder mit beiden vereint, als die Regel in Aussicht genommen werde.

7) Von vorn herein ist der ganze zu bebauende Stadttheil gleichzeitig mit der Ziehung der Strassenlinien in seiner zukünftigen Nivellirung festzustellen, mit besonderer Rücksicht auf Schutz gegen Ueberschwemmung, auf möglichst geringe Steigungen und zweckmässigste Entwässerungsanlage (Drainirung des Bodens und Entfernung des Schmutzwassers), letztere wiederum mit Beachtung möglichst erleichterten Anschlusses der einzelnen Grundstücke.

8) Bei der Entwässerungsanlage ist Gefälle, Grösse und Richtung auch darauf hin ins Auge zu fassen, ob weitere, später erst zur Bebauung gelangende Distrikte daran angeschlossen werden sollen oder nicht. Die Verunreinigung der Wasserläufe ist möglichst zu verhüten.

9) Eine reichliche Wasserversorgung des in Aussicht genommenen Baubezirks, wo möglich durch eine Quellwasserleitung, ist erforderlich. Privatbrunnen sind möglichst wenig in Aussicht zu nehmen.

10) Für alle einzelnen Bauten ist baupolizeiliche Erlaubniss einzuholen, welche auf Grund einer vorgängigen Prüfung, ob in den vorgelegten Plänen neben den in Betreff der Solidität und Feuersicherheit erlassenen Vorschriften auch den hygienischen Genüge geleistet ist, ertheilt wird. Die Erlaubniss ist für alle Bauten sowohl des Staates und der Gemeinde wie der Privaten erforderlich.

11) Hierbei ist (theilweise gestützt auf § 16 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1873) auch darauf zu achten, dass

auf keinem Grundstück Vorrichtungen getroffen werden, durch welche anderen Grundstücken oder den darauf befindlichen Gebäuden durch Erschütterung des Bodens Nachtheil zugefügt wird, oder durch welche Dämpfe, Gase, Gerüche, Russ, Staub u. dgl. m. in solcher Art oder Menge zugeführt werden, dass die Bewohner des Nachbargrundstückes nach Massgabe der gewöhnlichen Empfänglichkeit in ihrer Gesundheit gefährdet oder sonst ungewöhnlich belästigt, oder die daselbst befindlichen Gegenstände erheblichem Schaden ausgesetzt werden, es wäre denn, dass sie von ausnahmsweise empfindlicher Natur sind. Abtritte, Düngerstätten, Ställe, Brunnen und andere derartige Anlagen dürfen nur in solcher Entfernung von den Nachbargrenze oder unter solchen Vorkehrungen angebracht werden, dass sie dem Grundstücke, den Gebäuden, den Einfriedigungen und Brunnen des Nachbarn keinen Schaden bringen.

12) Auch der Boden des einzelnen Grundstückes ist einer sorgfältigen Untersuchung zu unterziehen. Ist der Untergrund sumpfig oder sonst der Gesundheit nicht entsprechend, so ist derselbe, so weit nöthig, auszuheben und durch einen reinen, trockenen Grund, Sand, zu ersetzen. Im Allgemeinen wird es sich empfehlen, vor der Bebauung die Vegetationsschicht des Bodens abzuheben.

13) Für genügende Entwässerung des Bodens, namentlich der Gebäude und Höfe ist zu sorgen. Die Hausentwässerung, mindestens gleich wichtig für die Gesundheit und gleich schwierig in der Ausführung wie die allgemeine Entwässerung, kann den Privaten nicht ohne gewisse Aufsicht überlassen werden. Die Entwässerungsröhren sollen möglichst neben, nicht unter dem Hause hin nach dem Strassensiele geführt werden.

14) Jede Verunreinigung des Bodens durch Versickerungsgruben und dergl., sowie überhaupt jede Aufspeicherung flüssigen oder festen Unraths ist durch allgemeine Anordnungen zu verhüten.

15) Ein regelrechtes Schwemmsiel-System erfüllt die Aufgabe raschster, vollständigster und gesundheitgemässer Entfernung jeden Verbrauchswassers am besten. Wo die menschlichen Exkremente diesen Sielen nicht gleichfalls überwiesen werden, sind Einrichtungen zu treffen, welche sowohl jede Aufspeicherung derselben, als auch jede Verunreinigung des Bodens ausschliessen. In dieser Beziehung ist vorzugsweise die Aufstellung häufig zu wechselnder Tonnen, für grössere Gärten auch das Erdkloset zu empfehlen. Alle Gruben aber, auch gut gemauerte und zementirte, sind zu verwerfen.

16) Der obligatorische Anschluss der einzelnen Grundstücke, sobald sie bebaut werden, an die allgemeine Entwässerungsanlage erscheint in hygienischem Interesse geboten. Der Bestimmung des Ortsstatuts bleibt vorbehalten, ob auch in Betreff der Entfernung der menschlichen Exkremente obligatorischer Anschluss an die allgemeine Anordnung stattfinden, oder ob nur die Anlage jeder Art von Gruben und derartiger gesundheitswidriger Einrichtungen unbedingt verboten sein soll. Jedenfalls wird es nützlich sein, auszusprechen, dass von dem Grundbesitzer oder Miether eine auf das Eigenthum der Abfallstoffe oder deren angeblichen Werth gegründete Einwendung gegen auf deren Entfernung gerichtete allgemeine Anordnungen nicht erhoben werden kann. — Jede Wohnung muss mindestens einen Abort haben. — Stalldüngergruben müssen undurchlässig, gut verschlossen und ohne Ueberlauf sein.

17) Jedem neuen Wohngebäude muss frisches Trinkwasser zugeführt werden. — Ist eine allgemeine Wasserversorgung hergestellt, so soll jedes Haus, oder richtiger jede Wohnung, bezw. Stockwerk einen Wasserhahn erhalten. Ist solche Einrichtung nicht vorhanden, so soll jedes mit einem Wohnhaus bebaute Grundstück an geeigneter Stelle einen Brunnen mit einer lichten Weite von nahezu 1^m und einer durchschnittlichen Wassertiefe von einigen Metern erhalten. Ein Sachverständiger soll Stelle und Beschaffenheit solchen Wassers prüfen.

18) Die Benutzung neuer Gebäude ist erst nach deren vorgängiger Prüfung in Betreff ihrer Trockenheit zu gestatten.

19) Auf gute Drainirung des Bodens und gutes, möglichst wenig hygroskopisches Baumaterial ist besonders Gewicht zu legen; daneben können auch Laufgräben um das Haus, Isolirschieben in dem Mauerwerk und dergleichen zur Verhinderung des Aufsteigens der Feuchtigkeit in den Mauern nützlich bleiben.

20) Die zu Wohnungen bestimmten Gebäude oder Gebäude-theile müssen im Ganzen und in ihren einzelnen Wohnräumen so angelegt, vertheilt, wie auch in solchem Material ausgeführt werden, dass sie hinlänglich Luft und Licht haben, trocken und der Gesundheit nicht nachtheilig sind. Darnach ist Wohn- und Schlafzimmern möglichst eine südliche Lage zu geben, während für Treppen, Küchen, Esszimmer, Waschräume, Abtritte eine nördliche Lage zu reserviren ist.

21) In Betreff des zu bebauenden Raumes eines Grundstückes sind ebenfalls in der Richtung ortstatutarischer Bestimmungen zu erlassen, dass allen Wohn-, Schlaf- und zu sonstigem dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen Luftwechsel und freier Zutritt von Licht in genügendem Maasse gesichert bleibe. Es geschieht dies entweder, indem ein bestimmter Prozentsatz der Grundfläche von der Bebauung ausgenommen wird, oder indem ein Minimum für unbedeckten Hofraum vorbehalten und im Verhältniss zu dessen Grösse die Höhe der an denselben anstossenden Hinter- oder Seitenge-

bäude bestimmt wird — also indem etwa drei Viertel der ganzen Grundfläche zur Bebauung überlassen werden, in der Voraussetzung, dass ein Hofraum von mindestens 20 □m Grösse und von mindestens 3,5m Breite bleibe.

22) Die Fronthöhe der Häuser, vom Strassenpflaster bis zur oberen Kante der Frontwand gemessen, soll an der Strasse das Maass der Gesamt-Strassenbreite nicht überschreiten, mit der weiteren Beschränkung, dass ein Privatgebäude überhaupt nicht die Höhe von 20m übersteigen darf. Dagegen wird, wenn etwa ältere Strassen von weniger als 14m Breite in den Bebauungsplan aufgenommen werden müssen, hier immerhin eine Gebäudehöhe bis zu 14m zugelassen.

23) Hintergebäude von mehr als 25m Länge müssen einen Abstand von wenigstens 6m vom Vorderhaus haben. Die Höhe der Hinter- oder Seitengebäude soll nicht mehr als das Doppelte der Breite des Hofes und in der Regel überhaupt nicht mehr als 14m betragen dürfen.

24) Die lichte Höhe der Wohn- und Schlafräume wird auf mindestens 3m festgesetzt; für Entresols und das oberste Stockwerk ist eine Höhe von 2,7m zulässig.

25) Der Fussboden der Erdgeschosswohnung muss mindestens 0,6m über dem Strassenpflaster liegen.

26) Jedes Wohngebäude soll unterkellert sein. Wo aus besonderen Gründen (Bodenbeschaffenheit) dies nicht der Fall ist, soll wenigstens auf dem ganzen Erdboden eine Konkretlage ausgebreitet werden und von dieser der hölzerne Fussboden durch eine Luftschicht von mindens 0,30m Höhe getrennt sein.

27) In neuen Stadttheilen sind in nur zum Theil über der Erde befindlichen Räumen alle Arten von Wohnungen (Keller, Souterrainwohnungen) grundsätzlich zu verbieten. Sollen solche Räumlichkeiten dauernd für ökonomische und gewerbliche Zwecke verwendet werden, welche den längeren Aufenthalt von Menschen erfordern (Küchen, Werkstätten und dergl.), so müssen sie eine für die Gesundheit nicht nachtheilige Einrichtung erhalten. Namentlich darf a) das betreffende Gebäude nicht in einem Bezirke liegen, welcher jemals der Ueberschwemmung ausgesetzt ist; b) die Sohle des Souterrains muss mindestens 1m über dem mutmasslich höchsten Grundwasserstand und höchstens 1m unter dem umliegenden Erdboden liegen. c) Diese Souterrainräume dürfen niemals nach Norden und nur in solchen Häusern angelegt werden, welche entweder an einem freien Platze liegen oder an Strassen, an welchen die den Souterrainwohnungen gegenüberliegenden Häuser bis zur Traufkante nicht höher sind, als die Strasse selbst breit ist. Diese Bestimmungen gelten auch für Höfe und Gärten, nach welchen solche Souterrainwohnungen zu liegen kommen. d) Vor diesen Souterrainräumen ist in ihrer ganzen Länge ein isolirender und ventilirbarer, bis unter den Fussboden jenes Raumes hinabgehender Luftkanal mittels Anlegung von Isolirungsmauern in mindestens 0,25m Abstand von den Umfassungsmauern herzustellen; e) der Fussboden des Souterrainraumes muss (wenn nicht unterkellert) in einer Dicke von 0,15m betonirt sein und darauf erst ist das Balkenlager und die Dielung zu bringen, wenn nicht, wie für Küchen etc., Plattenbelag gestattet wird; f) die lichte Höhe dieser Räume hat mindestens 2,5m zu betragen. Die Fensterbrüstungen müssen mindestens 0,15m über dem Boden liegen und die Fenster selbst eine Höhe und Breite von mindestens 0,75m haben. — Ueberhaupt ist namentlich in diesen Räumen auf ausreichenden Luft- und Licht-Zutritt besondere Sorgfalt zu verwenden.

28) Dachwohnungen oder einzelne heizbare Lokale im Dachraume sind nur in Gebäuden von nicht mehr als 4 Stockwerken (einschliesslich des Erdgeschosses) und nur unter folgenden Bedingungen zulässig: Sämmtliche Räume der Dachwohnungen dürfen nur im ersten Dachraume, nicht über den Kehlgebälken eingerichtet werden, — sie müssen von massiven oder doch ausgemauerten Fach und Riegelwerkwänden umschlossen sein, — eine lichte Höhe von mindestens 2,5m und zwar mindestens für die Hälfte der Fläche jeder einzelnen Räumlichkeit haben, — durch Fenster hinreichenden Zutritt von Luft und Licht erhalten.

29) Bei der Treppe ist neben genügender Breite auf hinreichend Luft und Licht zu achten und dieselbe als ein natürliches Ventilationsmittel des Hauses zu benützen.

30) Zahl und Grösse der Fenster kann kaum zu hoch gegriffen werden. Jeder Wohn- und Schlafräum muss mindestens ein bewegliches, nach Strasse oder Hof zu öffnendes Fenster haben.

31) Küchen dürfen Luft und Licht nur durch eigene Fenster von aussen her, nicht aber aus anderen inneren Räumen erhalten.

32) Stallungen und Futterkammern sind in Seitengebäude zu verweisen. Wenn Wohnungen sich über ihnen befinden, müssen sie gut ventilirbar sein. Schweineställe sind aus dem Bereich der städtischen Wohnungen überhaupt zu verbannen.

Man kann sich beim Ueberblick der hier mitgetheilten Thesenreihe des Zweifels nicht erwehren, ob es gut gethan bzw. nothwendig war, einerseits so zahlreiche, andererseits so weit ins Detail eindringende Sätze zu formiren und als Ansicht der Majorität einer grossen Versammlung auszusprechen. Die Sätze unter 4. 7. 8. 12. 19. 29. z. B. sind zumeist solchen Inhalts, der zur mehr oder weniger allgemeinen Anerkennung glücklicherweise gelangt ist und einer abermaligen Sanktionierung kaum bedurft hätte; andererseits enthalten die Sätze unter 18. 20. 21 und der ganze Rest der Thesen zahl-

reiche Bestimmungen, die in der geforderten Allgemeinheit gar nicht durchführbar sein werden, und die sich in vielen Fällen der Ausführung ebensowohl als unzweckmässig wie als zweckmässig erweisen können.

Nach unserem Dafürhalten würde es sich mehr empfohlen haben, einen umfassenden Rahmen zu schaffen, der beim Erlass neuer Bauordnungen als generelle Richtschnur hätte dienen können, an Stelle einer Anzahl von Detail-Vorschriften, die sich vielleicht zur Aufnahme in diese oder jene der zahlreichen Bauordnungen, aber doch keineswegs in alle geeignet hätten. Wir sind indessen die Letzten, die das Verdienstliche, was in der vorliegenden Arbeit des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege geboten ist, irgendwie schmälern wollen, sondern wünschen von Herzen, dass der ideale Zustand, den der Verein erstrebt, sich so bald als irgend möglich verwirklichen lasse; nur dem Zweifel, ob überhaupt und wie bald dies geschehen kann? haben wir durch vorstehende Bemerkungen einige Worte leihen wollen.

Aus den sonst auf der diesjährigen Versammlung zur Verhandlung gekommenen Gegenständen sind noch 2 weitere herauszuheben, von denen der erste die Feststellung eines Planes zur Untersuchung des örtlichen und zeitlichen Vorkommens von Typhus-Epidemien betrifft. Als besonders geeignetes Versuchsfeld sieht der Verein die Kasernen an und wünscht, dass den Militair-Ingenieuren und Baumeistern hierbei folgende Aufgaben gestellt werden:

a) Situationspläne der Kasernen und ihrer Umgebung anzufertigen, auf welchen die Höhenkoten eingetragen und die Drainage der Oberfläche für Regen- und Hauswasser bezeichnet ist; b) den Baugrund und Untergrund jeder Kaserne von der Oberfläche bis zur ersten wasserdichten (wassersammelnden) Schicht auf seine geognostische Beschaffenheit (ob alluviale, diluviale, tertiäre etc. Schichten), sowie auf seinen physikalischen Aggregationszustand (ob aufgefüllter Boden und welcher Art, ob Geröll, Kies, Sand, Lehm u. s. w. oder Mischungen davon) zu untersuchen, und wo verschiedene Schichten über einander lagern, die Mächtigkeit der einzelnen anzugeben; ferner anzugeben, welche Kasernen oder Kasernenheile auf kompaktem, für Wasser und Luft undurchgängigen Felsen, und welche auf Pfahlrost stehen; c) von baulichen Verhältnissen anzugeben, aus welchem Baumaterial die Wände der Kaserne bestehen, ob zu den im Boden stehenden Mauern das gleiche Material verwendet ist wie zu den in der Luft stehenden, wann die Kaserne erbaut, wann und welche wesentliche bauliche Veränderungen (Umbauten und Anbauten) vorgenommen wurden, wie die Abtritte und andere Vorrichtungen für flüssige und feste Abfallstoffe (alle Arten von Gruben und Miststätten) beschaffen sind und welches ihre örtliche Lage ist, ob die Mannschaftszimmer besondere Ventilationsvorrichtungen haben, wie gross der Rauminhalt jedes einzelnen Zimmers ist; d) die Art der Trinkwasserversorgung der Kasernen und ihrer Theile (ob Wasser aus Röhrenleitungen, aus gegrabenen oder gebohrten Brunnen u. s. w.) anzugeben; e) im Niveau der Bodenoberfläche Fixpunkte an den Kasernenbrunnen anzubringen und diese Punkte auf die mittlere Höhenkote des nächstgelegenen Flusses oder Baches einzunivelliren; f) die regelmässigen Exerzierplätze anzugeben und deren örtliche Lage und Bodenbeschaffenheit zu beschreiben; g) den Militairärzten neben Grundrissen der einzelnen Stockwerke lithographirte Aufrisse der Kasernen nach einem beizulegenden Muster zur Verfügung zu stellen, in welche die vorkommenden Fälle von Abdominaltyphus und anderen epidemischen Krankheiten nach Stockwerk, Zimmernummer und Monat des Zuganges eingetragen werden können.

Man darf wohl hoffen, dass die betr. Behörden zu diesen Wünschen des Vereins, weil dieselben innerhalb der Grenze des leicht Erreichbaren liegen, sich im allgemeinen entgegenkommend verhalten werden.

Ungleich weniger sicher erscheint uns das bei dem letzten hier zu erwähnenden Punkte, der eine Resolution betrifft, welche der Verein in Bezug auf die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser, die Einführung eines allgemeinen Schlachtzwanges, sowie der obligatorischen Fleischbeschau gefasst hat. Das Reichskanzleramt soll ersucht werden, eine Verordnung (?) zu erlassen, welche Folgendes vorschreibt, bezw. auf folgenden Grundsätzen beruht.

1) In allen Gemeinden über 10000 Einwohner ist Seitens der Gemeinde ein öffentliches, ausschliesslich zu benutzendes Schlachthaus zu errichten, demnächst 2) in demselben der allgemeine Schlachtzwang einzuführen. 3) Eine Entschädigungspflicht der Gemeinde den Privatschlachtern gegenüber, wie solche noch in dem §. 7 des preussischen Gesetzes vom 18. März 1868 zugelassen wurde, ist zu verwerfen. 4) Nach Einrichtung eines öffentlichen Schlachthauses und des damit zu verbindenden Schlachtzwanges ist die betreffende Gemeinde zur Einführung der obligatorischen Fleischbeschau zu verpflichten. Letztere hat sich auch auf das von auswärts eingeführte frisch geschlachtete Fleisch zu erstrecken. 5) Sobald Gemeinden unter 10000 Einwohner sich vorstehenden Bestimmungen unterwerfen und von denselben Gebrauch machen, haben sie Anspruch auf die Vortheile derselben. 6) Durch eine Ordnung dieser Materie im Wege der Reichsgesetzgebung im Sinne der Thesen 1—4 soll die Sanitätspolizei über die Nahrungsmittel im übrigen nicht präjudicirt werden.

Wir fürchten, dass der Verein noch sehr häufig Gelegenheit haben wird, sich mit diesem Gegenstande zu befassen, be-

vor eine Ordnung der Materie in dem völlig radikalen Sinne, der den vorstehenden Sätzen zu Grunde liegt, sich verwirk-

lichen wird. Zu hoffen ist nur, dass das erstrebte Beste sich nicht etwa als Feind des erreichbaren Guten herausstellt. —

Notizen über ein paar Dresdener Bauwerke.

Die bei dem Besuch Dresdens durch den hiesigen Architekten-Verein, am 7. u. 8. August cr. besichtigten und einer öffentlichen Besprechung theilhaft gewordenen Bauten sind m. E. noch einer Vermehrung durch einige zwar weniger in die Augen fallende, aber zum Nachdenken und zum Vergleich herausfordernde Werke neuerer und neuester Zeit bedürftig, da die Ausführung derselben Gegensätze zeigt, die um so auffälliger und ich fürchte nachtheiliger für die Leistungen der Jetztzeit an uns herantreten, wenn die Beschauer unmittelbar von dem Wunderwerk der Frauenkirche zu der in nächster Nähe befind-

Fig. 1.

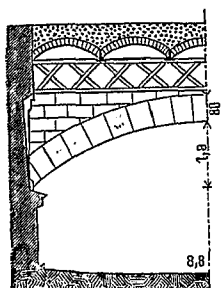


Fig. 2.

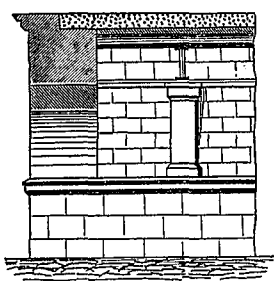
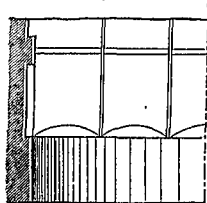


Fig. 3.



lichen Unterführung der Brühl'schen Terrasse, welche in den Fig. 1 bis 3 skizzirt ist, gelangt.

Das Wesentliche und gleichzeitig Auffällige dieses Baues aus neuester Zeit besteht in einer Vermischung von Eisen- und Steinbau, welche in der Art bewirkt ist, dass die Stirnen der Brücke aus starken gewölbten Gurtbögen bestehen, auf deren stadtseitig belegenen Schenkeln eine breite Freitreppe zur Brühl'schen

Ter rasse hinauf führt. Das Gewölbe hat schätzungsweise 8,8^m Weite bei 1,8^m Pfeilhöhe und 0,80^m Stärke. Mit demselben parallel sind einige Gitterträger gestreckt und auf diese wie auf die gewölbten Gurte sind Eisenbalken gelegt, zwischen welche Ziegelgewölbe (Kappen) eingespannt sind.

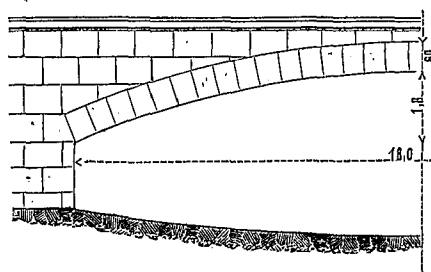
Als Grund dieser auffälligen Konstruktion wurde von einem Dresdener, wie es schien mit den Verhältnissen genauer bekannten Fachgenossen, mit welchem Verfasser sich über dieses Bauwerk unterhielt, die Meinung bzw. Ueberzeugung des Urhebers dieser Schöpfung — des Stadtbaudirektors Friedrich — mitgetheilt, dass dieselbe sich in den Kosten geringer als ein vollständiger Massivbau stelle.

In den Zweifeln an der auch nur annähernden Richtigkeit dieser Meinung traf sich meine Meinung mit derjenigen des Dresdener Kollegen zusammen. —

Fig. 4 zeigt die Skizze eines der prächtigen, nothwendigen Weise von allen Mitgliedern des Ausflugs mindestens zwei Mal benutzten, aber wohl den meisten nicht bemerklich gewordenen Weisseritzbrücken-Bogen, dessen Weite etwa 18,0^m bei 1,8^m Höhe und vielleicht ebenfalls 0,80^m Gewölbestärke sein wird. Vermuthlich stammt die Weisseritz-Brücke aus dem gegenwärtigen Jahrhundert, vielleicht aus den 40er Jahren desselben, bevor noch das Eisen, wie ein englischer

Techniker klagend sich ausdrückt, seine nachtheiligen Folgen

Fig. 4.



auf die Ausführung verständiger Konstruktionen hatte wirksam werden lassen und — wie ich ergänzen will — dadurch einen grossen Theil desjenigen Nutzens, welchen es durch sachgemässe Verwendung für bestimmte Aufgaben des Wege- und Brückenbauwesens

gestiftet und ferner zu stiften berufen ist, wieder zu Schanden gemacht hat. —

Zurückkehrend zu den Figuren sei noch Folgendes erwähnt: Zu einem Vergleich der vorgeführten Bauwerke fordert dringend der Umstand auf, dass der Gewölbesteinhau vermuthlich bei beiden der gleiche ist, u. z. Sächsischer Elbsandstein, vielleicht aus ein und demselben Bruche. Nehmen wir für die dem lebhaftesten Strassenverkehr dienende Weisseritzbrücke nach Seite 31 der Beigabe zum D. Baukal. die grösste Belastung zu 400^k pro ¹/_{qm} an, so wird die Druckfestigkeit des Gewölbes in der Weisseritzbrücke, wenn die skizzirten Abmessungen annähernd richtig sind, 14—15^k pro ¹/_{qm} betragen.

Würde bei gleicher, und für diesen Fall bestimmt ausreichender Belastung die Unterführung der Brühl'schen Terrasse nach denselben Grundsätzen in Betreff der Druckfestigkeit wie die Weisseritz-Brücke entworfen sein, so würde die Scheitelstärke des durchweg massiv zu wölbenden Bauwerks etwa 12^m betragen müssen. Ein solches Gewölbe, etwa nach den Fig. 5 u. 6

Fig. 5.

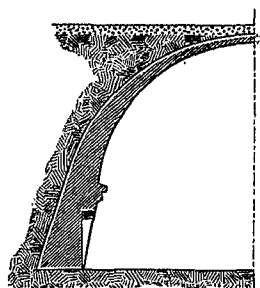
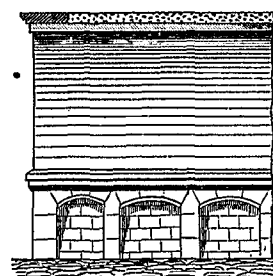


Fig. 6.



ausgeführt, hätte aber zunächst den Wegfall sämtlichen Eisens, des Ziegelsteins und einer grossen Menge des sonst verwendeten Sandsteins, und somit eine so erhebliche Kostenminderung — bei grösserer Dauer — ermöglicht, dass die vom Schreiber dieses auch bei sonstigen Brücken mit Weiten bis zu etwa 10^m gemachten Erfahrungen hier eine neue Bestätigung gefunden haben würden. Eine verständige Steingewölbekonstruktion ist gegenüber einer gemischten Konstruktion aus Stein und Eisen oft mindestens um die Kosten des Eisens (oder noch mehr) billiger. E. H. H.

Der Tangermünder Thorthurm in Stendal und der Konflikt um die Erhaltung desselben.

Ein bekanntes und höchst bemerkenswerthes Bauwerk der mittelalterlichen märkischen Architektur, der Tangermünder Thorthurm zu Stendal, welcher Eigenthum der Kriegsverwaltung ist, befindet sich augenblicklich in einer ziemlich gefährdenden Situation.

Für den lebhaften Thor-Verkehr genügten die engen Abmessungen der Thüröffnung in neuerer Zeit nicht mehr und es wurde daher auf Anordnung der Regierung, welche Besitzerin der durch das Thor führenden Strasse ist, der alte, zu beiden Seiten des Thores sich anschliessende Festungswall auf kurze Strecken beseitigt, der Thurm solchergestalt freigelegt und der Verkehr zu beiden Seiten um denselben herumgeleitet. Trotz seiner grossen Mauerdicke hat nun der allerdings nur aus runden Feldsteinen aufgeführte Thurm die Entfernung des ihm bisher als seitliche Absteifung dienenden Walles nicht vertragen. Oberhalb der Thorbogen haben sich Risse gezeigt, die sich bis in den runden Aufbau des Thurmes fortsetzen und sich in bedenklicher Weise zu erweitern scheinen.

Die Regierung hat diesen Uebelstand erkannt und ein Projekt ausarbeiten lassen, nach welchem zu beiden Seiten des alten Thurmes 2 neue grosse Thorbogen errichtet werden sollen, die demselben als Widerlager zu dienen bestimmt sind.

Abgesehen von den praktischen, wie ästhetischen Bedenken, die dieses Projekt wahrnehmen muss, steht demselben vor Allem der Kostenpunkt entgegen, da der betr. Bau auf etwa 12000 M. veranschlagt ist. Die Stadt Stendal, der von der

Regierung zunächst die Ausführung zugemuthet wurde, musste dieselbe mit Hinweis auf ihre finanzielle Lage durchaus ablehnen. Die Gemeinde-Kasse erhebt im gegenwärtigen Jahre 120 Prozent Kommunalsteuern, welcher hohe Abgaben-Satz zum grossen Theil die Folge von unabweisbaren Schul- und Krankenhaus-Bauten ist. Da nun andererseits auch die Regierung bzw. der Kultusminister die Hergabe der zur Durchführung der Thurm-Restauration erforderlichen Mittel verweigern, so kommt gegenwärtig auch Stendal in die Lage, einen Beitrag zu der grossen Zahl derjenigen Fälle im preussischen Bauwesen zu liefern, in denen wegen blosser Kompetenzkonflikte zwischen den konkurrierenden Behörden in einer an sich dringlichen Angelegenheit überhaupt Nichts vorgenommen wird. Vielleicht wird das schöne und interessante Bauwerk diesem Behörden-Konflikt zum Opfer fallen, wenn nicht unerwarteter Weise das alte Mauerwerk selbst sich nicht noch eines Besseren besinnt und sich mit einem einstweiligen Setzen begnügt.

Dass aber im gegenwärtigen Augenblick mit nur geringen Mitteln für Anbringen einiger Anker event. mit dem Vermauern der Thorbogen dem gänzlichen Verfall des Thurmes noch Einhalt zu thun wäre, unterliegt keinem Zweifel, wie ebensowenig die Thatsache, dass die ganze Angelegenheit fast nur durch Liebhaberei an der Ausarbeitung grosser und zweckloser Projekte Seitens der betr. Behörde in die gegenwärtige verfahren Situation gelangt ist.

Mittheilungen aus Vereinen.

Der sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein hielt am 29. August cr. die 2. diesjährige, seit seinem Bestehen die 86. ordentliche Hauptversammlung in Plauen i. V. ab. Diese sog. Sommerversammlung ist nach dem seit einer Reihe von Jahren bestehenden Usus nicht für eingehende Verhandlungen in Sektionssitzungen, sondern vorzugsweise für Exkursionen nach Bauwerken oder Fabrikanlagen bestimmt.

In den Morgenstunden besichtigten die Theilnehmer in mehreren Abtheilungen die Neubauten der sächsisch-thüringischen Eisenbahn (Gera-Greiz-Plauen-Weischlitz), insoweit solche innerhalb des Stadtgebiets gelegen sind; ferner die Stickmaschinen des Hrn. Schnorr, die Bezirksschule, das Schloss u. s. w. und versammelten sich darauf in dem seitens der Gesellschaft „Erholung“ freundlichst überlassenen oberen Saale des derselben zugehörigen Gartengrundstücks. Die hier stattfindende Plenarsitzung, welche der Vorsitzende im Verwaltungsrathe, Hr. Wasserbaudirektor Schmidt (Dresden) leitete, war der Erledigung von Vereinsangelegenheiten gewidmet, aus denen Folgendes hervorgehoben werden mag:

1) Nach der erfolgten Erwerbung von Korporationsrechten beträgt die Anzahl der Vereins-Mitglieder, einschliesslich der heute aufgenommenen 9, z. Z. 419.

2) Die Vereinsbibliothek ist in einem neuen freundlichen Lokale, Röhrhofgasse 1, II. Etage aufgestellt und allwöchentlich Donnerstag Nachmittag für die Vereinsmitglieder zugänglich gemacht.

3) Bei der aus Anlass der Einweihung neuer Räume für das Königl. Polytechnikum zu Dresden von ehemaligen Studierenden desselben begonnenen Sammlung eines Kapitals zu dem Zwecke: „aus dessen Zinsen Honorare für von künftigen Studierenden gut gelöste Preisaufgaben gewähren zu können“, theilt sich der sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein mit einem Beiträge von 1000 M. aus der Vereinskasse.

4) Zu der von der Verwaltung des freien deutschen Hochstiftes zu Frankfurt a. M. geplanten Beschaffung eines silbernen Eichenkranzes um die Büste Michel Angelos in Florenz wird der Verein einen Zweig liefern.

5) Bezüglich des Patentgesetz-Entwurfs, welcher am 23. Januar d. J. seitens des Vorstandes des deutschen Patentschutz-Vereins dem Bundesrathe des deutschen Reichs vorgelegt worden ist, trat der Verein dem Antrage der Majorität seiner in der 85. ordentlichen Hauptversammlung in Dresden gewählten Kommission für Prüfung dieses Entwurfs bei, wonach sowohl dem Bundesrathe des deutschen Reiches, als auch dem Vorstände des deutschen Patentschutz-Vereins angezeigt werden soll, dass der sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein in mehreren wesentlichen Punkten nicht einverstanden sei, vielmehr die nachverzeichneten Grundsätze für die richtigen halte:

- Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Patents ist auf Grund einer von verpflichteten Sachverständigen auszuführenden Vorprüfung auf Neuheit des Gegenstandes zu treffen.
- Dem Inhaber jedes Patents ist die Geheimhaltung seiner Erfindung für kurze Zeit, z. B. für 6 Monate, zu gewähren.
- Nach Ablauf der unter b erwähnten kurzen Frist steht die Einsichtnahme in die Patentspezifikationen für Jedermann frei, auch ist die Entnahme von Kopien und deren Veröffentlichung gestattet.
- Ein Nachweis der innerhalb einer bestimmten Frist erfolgten Ausführung des Patentgegenstandes wird nicht gefordert.
- Die für ein Patent zu entrichtende Abgabe wird alljährlich, und zwar in steigender Skala gezahlt.
- Die äusserste Geltungsdauer eines Patents wird auf 15 Jahre festgesetzt.
- Die Erledigung aller vorkommenden Geschäfte erfolgt durch ein Patentamt und einen Patenthof (in der im Berliner Entwurfe vorgeschlagenen Weise).
- Ein gesetzlicher Zwang zur Ueberlassung eines Patents an Andere wird nur in denjenigen Fällen ausgeübt, in welchen das öffentliche Interesse solches verlangt.

Jedem dieser Grundsätze ist eine kurze Motivierung beigegeben, deren Mittheilung an dieser Stelle, als zu weit führend unterlassen werden soll.

6) Hr. Geh. Regierungsrath Dr. Hülse wurde in Anerkennung der grossen Verdienste, welche derselbe auf dem Gebiete der Technik sich erworben hat, zum Ehrenmitgliede des Vereins ernannt.

Nach Schluss der Plenarsitzung unternahm der Verein eine Fahrt nach Bad Elster, um sowohl die dortigen Erweiterungs- und Verschönerungsbauten, als auch die neue Eisenbahnstrecke Plauen-Oelsnitz kennen zu lernen. Als interessante Beigabe zu der heutigen Versammlung muss die ziemlich umfangreiche Ausstellung von Bauplänen bezeichnet werden, welche seitens der Fachgenossen von Plauen und Umgegend veranstaltet worden war.

Der 2. Versammlungstag (der 30. August) wurde mit einer Hydrantenprobe der Wasserleitung zu Plauen begonnen. — Dieser folgte ein Besuch der mechanischen Weberei der Herren Böhler & Sohn, der Aktienbierbrauerei und des Poppenmühlen-Viaduktes. Den Schluss der Versammlung bildete eine Befahrung der soeben im Bau vollendeten sächsisch-

thüringischen Eisenbahn vom Thalbahnhofe in Plauen aus im romantischen Elsterthale abwärts bis Greiz und Berge. —

Dr. F.

Architekten-Verein zu Berlin. Hauptversammlung am 2. Oktober 1875.

Die heutige Vereins-Versammlung, die 1. in der Reihe der regelmässigen Wochenversammlungen der beginnenden Winterperiode, war besucht von 119 Mitgliedern und 1 Gast; als Vorsitzender derselben funktionirte Hr. Hobrecht.

Der Vorsitzende ersucht vorab, möglichst zahlreiche Meldungen zur Abhaltung von Vorträgen in den bevorstehenden Winterversammlungen vorläufig an Hrn. Orth zu richten, nach der erst später bevorstehenden Rückkunft des auf einer Reise nach Sizilien abwesenden Hrn. Adler an das eine oder andere der genannten beiden Vorstandsmitglieder. — Sodann theilt der Vorsitzende mit, dass die Lebenslauf-Vorlesungen neu eintretender Mitglieder, dem Herkommen entsprechend, in der beginnenden neuen Zeitperiode an allen regelmässigen Wochenversammlungen, die Aufnahme-Abstimmungen in den monatlichen Hauptversammlungen stattfinden werden. Aufgenommen als neues Mitglied wird heute Hr. Dublansky.

Von Eingängen sind zu erwähnen: eine Photographien-Kollektion von der Memel-Brücke, welche von der Direktion der K. Ostbahn gesandt, und Heft 4 des Archit. Skizzenbuchs von 1875, welches von der Verlagshandlung dem Verein überreicht worden ist. — Ausgelegt von der Buchhandlung von Ernst & Korn ist ein Subskriptionsbogen zu dem, im Verlag von Alexander Duncker hier erscheinenden neuen Werk: Malerische Stätten aus Deutschland und Oesterreich. Von dem Bildhauer Zieger, Zossener Str. hieselbst, sind im Vereins-Saal einige nach Zeichnungen von Heyden & Kyllmann ausgeführte, für Frankfurt a. M. bestimmte innere Flügelthüren ausgestellt. Der Preis ist incl. Futter, Bekleidung und Verdachung mit Konsolen etc. 200 M. pro \square^{m} , für Berlin 10% weniger. Hr. Schultze macht zu dem vergleichsweise hoch erscheinenden Preise die erklärende Angabe, dass das Holzwerk der Thüren mit sog. Silberbeize unter Anwendung eines Drucks von 4 Atmosph. imprägnirt und die Arbeit nach Augenschein mit aussergewöhnlicher Akkuratess und in vorzüglichem Material ausgeführt sei.

Hr. Orth macht kurze Mittheilung über die beschlossenen Abänderungen der Hochbau-Aufgabe zum Schinkel-est 1876; diese Abänderungen sind bereits in den Inseraten-Blättern zu No. 74 und 75 dies. Zeitg. veröffentlicht worden. —

Der Vorsitzende theilt mit, dass die zum Vereinshaus-Bau gezeichneten Beiträge bis jetzt die Summe von 186 350 M. erreicht haben. Darunter befindet sich eine von dem Mitbegründer und ältesten Vereinsmitgliede Hrn. Stadtbaurath Studdt in Breslau; der Vorstand hat aus diesen Umständen Veranlassung genommen, Hrn. Studdt in einem besonderen Schreiben den Dank des Vereins auszusprechen. — Auf die Zeichnungen sind bis jetzt an Einzahlungen geleistet 20 335 M.; an Restbeträgen auf die 1. Einzahlung von 10 Prozent bestehen noch 3410 M., zum überwiegenden Theil von hiesigen Vereinsmitgliedern. — Unter den Einzahlungen befindet sich eine von 60 M., welche ohne Namensnennung gemacht worden ist; zur Mittheilung des Namens an den Kassirer, Hrn. Ernst wird aufgefordert. — Die für den Vereinshausbau geleisteten Ausgaben erreichen bis jetzt die Summe von 14 803,87 M. — Die erfolgte Einschätzung des Rohbaues zum Vereinshause hat ein Taxat von 369 000 M. ergeben, sehr nahezu die Hälfte des Preises, um welchen der Verein demnächst das fertig gestellte Haus besitzen wird; diese sehr erfreuliche Sachlage verdient eine spezielle Hervorhebung. — Recht günstig ist die Vereinshaus-Baukasse in Bezug auf die in der letzten Hauptversammlung beschlossene Veräusserung von 12 000 M. zum Buchwerthe = Null in der Kassenrechnung aufgeführten Prioritäten der früheren Besitzerin vom Vereinshause, der Bergbrauerei Hasenheide, gefahren. Der Vorstand hat das ihm gemachte Kaufanerbieten jener Papiere zum Kurse von 37% akzeptirt und befindet sich die Kasse bereits im Besitz der Kaufgelder, welche sich auf 4440 M. belaufen. Da dieser Betrag eingegangen sei entgegen allen, bei Uebernahme der fragl. Papiere gemachten Annahmen, so repräsentire derselbe eine faktische Ersparniss beim Erwerb des Vereinshauses, dessen Ankauflsumme sich darnach anstatt der im betr. Verträge verabredeten 516 000 M. nur auf die Summe von 511 560 M. belaufe. — Die Versammlung erklärt auf Antrag einstimmig ihr Einverständnis mit dem vollzogenen Verkauf der fraglichen Papiere.

Hr. Böckmann macht an der Hand der im Saale aufgehängten Zeichnungen einige Erläuterungen über die nunmehr erfolgte Feststellung der inneren Einrichtung des Vereinshauses und der Fasadendurchführung dazu. Die gegen die in No. 61 dies. Blattes veröffentlichten Pläne eingetretenen Abänderungen, welche besonders die Grundrisse betroffen haben, sind nicht unerheblich; wir sehen von einer Vorführung derselben an dieser Stelle ab, indem wir eine von Skizzen begleitete baldige Publikation hierzu in Aussicht nehmen. Hr. Böckmann spricht die Bitte aus, die bisherige Langsamkeit in dem äusseren Fortschreiten des Baues mit den Umständen, welche vorgelegen haben, entschuldigen zu wollen. Beim Mangel jedweder genaueren Zeichnung habe eine vollständige Aufnahme des Hauses

stattfinden müssen; es hätten ferner konstruktive Einrichtungen die freie Bewegung des Architekten bei Verfassung der neuen Entwürfe sehr beschränkt; endlich habe das Streben nach möglichst zweckmässiger Nutzbarmachung der gegebenen Räume zu einigen Zögerungen geführt, die indess als günstig angesehen werden müssten und die nunmehr auch beendet seien. —

Hierauf folgt die Beurtheilung der zum 1. September eingegangenen Lösungen der Konkurrenzaufgaben. Die Entwürfe im Hochbau — Kriegerdenkmal in Neisse — beurtheilt Hr. Schwechten, der ein schriftlich verfasstes Votum der Kommission verliest, aus welchem wir Folgendes mittheilen:

Rechtzeitig eingegangen sind 4 Entwürfe auf 13 Blatt Zeichnungen, verspätet desgl. 1 Entw. auf 2 Bl. Zeichn.; letzterer hat selbstverständlich von der Bewerbung um Preis und Vereinsandenken ausgeschlossen werden müssen, ist aber der Beurtheilung durch die Kommission mit unterzogen worden.

Entwurf „Silesia.“ Beherrscht von der Tendenz, eine Ueberschreitung der Kostensumme zu vermeiden, leidet der Entwurf an einer gewissen Trockenheit. Der über Eck gestellte Unterbau beeinträchtigt die Vorderansicht des Denkmals, ausserdem steht ersterer in keinem rechten Verhältniss zu der ein Kreuz tragenden Säule, die den oberen Theil des Denkmals bildet. Die Gedenktafeln sind zweckmässig angeordnet. Die Darstellung lässt theilweise zu wünschen übrig.

Entwurf „Aussicht.“ Der beigefügte Kostenanschlag ist unzutreffend. Der Unterbau ist in den Grössenverhältnissen eines selbstständigen kleinen Bauwerks entworfen und steht mit der kleinlich detaillirten Säule, die für die obere Partie des Denkmals gewählt ist, in keinem Einklang. Die auf den Ecken des Unterbaues aufgestellten Tropfen sind im Maassstabe verfehlt; die Anbringung der Gedenktafeln ist nicht glücklich. Dagegen ist die hübsche Anordnung der Sitzplätze zu loben und auch der Darstellung der Perspektive Anerkennung zu zollen.

Entwurf „Honoris causa.“ Die Kostensumme ist eingehalten. Für den leicht gegliederten Unterbau ist der mächtig ausgekragte Kopf des Denkmals viel zu schwer und dadurch der Maassstab zu den Details verfehlt worden. Die Namen der Gefallenen sind sehr zweckmässig für den Beschauer angeordnet. In der Perspektive stellt sich die Aufgabe günstiger dar als in der geraden Ansicht, welche in einfach entsprechender Weise behandelt ist.

Entwurf „Friede.“ Der Kosten-Anschlag ist in mehreren Positionen unzutreffend, auch sind einige Bautheile dabei ganz übersehen worden. Daher vermag die Kommission nicht mit Bestimmtheit zu entscheiden, ob die ausgesetzte Kostensumme reichen würde. Der Verfasser hat aber die Höhenmaasse weit grösser als die übrigen Konkurrenten gewählt und es glaubt die Komm., dass eine Verringerung dieser wenn auch nicht wünschenswerth, doch zulässig ist, und dass hierdurch die Kosten herabgezogen werden können. Der 8seitige Unterbau könnte vielleicht etwas schmaler gehalten werden, in der geometrischen Zeichnung erscheint der mit Laubgewinden geschmückte Hals über den Gedenktafeln zu niedrig. Bei der Mittelpartie des Aufbaues würde es sich empfehlen, von der projektirten Verjüngung des Hauptkerns Abstand zu nehmen, wodurch einer-

seits eine senkrechte Stellung der Gedenktafeln erzielt, andererseits den Kontrast, der zwischen den lothrecht gestellten Säulen und dem sich verjüngenden Kern besteht, vermieden werden würde. Die zu sehr nach der Manier der Metalltechnik gezeichneten unter dem Kreuz befindlichen Blätter sind kräftiger zu halten, im übrigen sind die Details im Maassstabe richtig gegriffen und unter sich mit vielem Verständniss abgewogen. Entwurf und Darstellung haben den einstimmigen Beifall der Kommission gefunden. —

Ueber das nicht konkurrenzfähige 5. Projekt urtheilt die Kommission wie folgt: Die Kostensumme ist eingehalten. Der Entwurf leidet an konstruktiven Mängeln, ist auch zu wenig monumental aufgefasst. Die Wandstärke des hohl gemauerten, ein mächtiges steinernes Kapital etc. tragenden Schafts beträgt nur 13^{cm}; der willkürliche Wechsel zwischen Haustein und Ziegelstein ist bei der Kleinheit des Denkmals zu tadeln. Die Erfindung ist originell und im allgemeinen glücklich, sie wird aber beeinträchtigt durch etwas manierirte Behandlung der Eckvorlagen, des Kapitals und des krönenden Adlers. Lob verdient die zweckmässige Anbringung der Gedenktafeln, so wie die Verwendung des Unterbaues zu Sitzplätzen.

Als Verfasser des mit Prämien und Andenken bedachten Entwurfs wird Hr. Architekt W. Cremer von hier ermittelt. —

Die zur Wasserbauaufgabe pro 1. September vorliegende eine Lösung wird von Hrn. Gebauer beurtheilt. Die Aufgabe geht in ihrem Umfange etwas über den bei den Monatsaufgaben gewöhnlich eingehaltenen Rahmen hinaus; um so erfreulicher ist der Eingang einer Lösung, zumal einer solchen, die im ganzen als recht gut gelungen bezeichnet werden kann. Getadelt wird an dem Projekt — Schleuse in einem Kanal, der zum Tauerbetrieb eingerichtet ist — eine etwas grosse Oculen-Kammer, die geschehene Berechnung der Betonschleuse aus der Eintauchtiefe, anstatt aus der Differenz des Ober- und Unterwassers, die Fortlassung von Zwischenspundwänden, welche bei der grossen Länge des Bauwerks nicht entbehrlich seien, die Aufsetzung des Sohlkörpers vom Oberhaupt auf eine geneigte Fläche, endlich die in den Details nicht ganz genügende Durchführung des Touage-Seils durch die Schleuse und der Mangel an Detailzeichnungen über die Klappenverschlüsse der Rohrleitungen zu den zahlreichen Umläufen. Die Kommission hat jedoch die Arbeit bei ihren vielfachen Vorzügen der Ertheilung des Andenkens für werth erachtet. Als Verfasser derselben ergiebt sich Hr. Brickenstein. —

Zu den Aufgaben pro 1. Oktober ist im Hochbau 1 Entwurf, im Wasserbau keine Lösung eingegangen. —

Einige Fragebeantwortungen erfolgen durch die Herren Wernekinck, Böckmann und Büsing. — Als Grossuhrmacher werden die Firmen: Weule in Bockenem, Döckel in Hannover, Möllinger sowie Tiede in Berlin angegeben. — Als zulässiges Maximum der Neigung einer Viehrampe auf einer Landebrücke wird bei Mangel besonderer Vorkehrungen (wie Leistenauflagelung etc.) 100% bezeichnet. Zur Reinigung von verstaubten Backsteinrohbauten wird die Anwendung von Seifenlauge als ein vorzügliches Mittel benannt. —

Schluss der Sitzung. —

B.

Vermischtes.

Berliner Baubörsen. Die Zeitungen berichten, dass am Sonnabend, den 2. d. Mts. die Eröffnung der sogen. Reichshallen-Baubörse stattgefunden habe. Sind die veröffentlichten Nachrichten zuverlässig (woran zu zweifeln wir keine Veranlassung haben), so beträgt die Zahl der Theilnehmer an der Reichshallen-Baubörse etwa 1000. Diese grosse Zahl zu erreichen, mag nicht eben schwer geworden sein, nachdem das Gründungskomitee als Richtschnur den weitgreifenden Satz angenommen hat, dass — vorbehaltlich Ausübung einiger dem Vorstand beigelegter Ausschluss-Befugnisse — jedem unbescholtenen Manne gegen Erlegung eines sehr gering bemessenen Eintrittsgeldes der Zutritt zu dieser Börse gestattet ist. — Nach den verschiedenen vertretenen Geschäftszweigen sind die Mitglieder der Börse in 6 Gruppen eingetheilt worden, für deren jede in dem grossen, wie man hört zu 10500 M. ermietheten Börsenlokal ein angemessener Raum zur Benutzung überwiesen ist. Die Gruppen sind folgende: I. Für Verkehr in Bausteinen, Mörtel, Thonwaren etc. II. Für Verkehr in Nutzholz, Zimmer-, Tischlerarbeiten etc. III. Für Verkehr in Eisen, Metallen, Maschinen. IV. Für Verkehr in Bedachungs-Material. V. Für Verkehr in Erzeugnissen zum inneren Ausbau. VI. Für Verkehr in Grundbesitz und Hypotheken.

Jeden Donnerstag soll ein offizieller Marktbericht herausgegeben werden, dessen Feststellung unter Mitwirkung der Makler durch 2 ständige, vom Börsenvorstande deputirte Kommissare erfolgt. Von Maklern ist bereits eine Anzahl ernannt; unter diesen für Verkehr in Hypotheken die Herren Julius Ruhm und v. Westernhagen. — Die Eröffnung der Börse am letzten Sonnabend wurde eingeleitet durch eine Ansprache des Vorstands-Mitgliedes, Hrn. Fabrikant Kühnemann. —

Wir benutzen die bei Mittheilung obiger Nachrichten gebotene Gelegenheit, ein paar Punkte, die uns gegenüber von

mehren Seiten erwähnt worden sind, kurz zu urgiren. Diese Punkte betreffen den Modus des Ein- und Austritts bei der Reichshallen-Baubörse. Was ersteren betrifft, so wird die Mitgliedschaft im Allgemeinen durch Zahlung von 5 M. Jahresbeitrag erworben (s. oben). Für die Anfangsperiode der Börse erstreckt sich die Mitgliedschaft nur bis zum 1. Januar 1876. Was den Wiederaustritt aus der Börsenvereinigung betrifft, so kann dieser nach §. 5 der Statuten nur zum 1. Oktober eines jeden Kalenderjahres durch eine spezielle Austrittserklärung geschehen; wird dieser Zeitpunkt versäumt, so bleibt der Betreffende für das nächstfolgende Kalenderjahr beitragspflichtig. Ob der §. 4 des Börsenstatuts, der zur Erwerbung der Mitgliedschaft die eigenhändige Unterschrift des Statuts fordert, gegen die Verpflichtung, den Jahresbeitrag fortzuzahlen, in dem Falle schützt, dass versäumt wurde, den beabsichtigten Austritt zum vorhergegangenen Oktober zu erklären, ist ein Punkt, über den wir nach Lage der Sache ein bestimmtes Urtheil nicht haben können, der sich in vielen Fällen wahrscheinlich auch nur auf Grund des Wortlauts der beim Eintritt abgegebenen Erklärung erledigen lassen wird. —

Zum Schluss dieser Mittheilung fügen wir noch die Notiz bei, dass die Vorbereitungen zur Errichtung der zweiten, von Mitgliedern des Architekten-Vereins und zahlreichen Bau-Industriellen der Stadt etc. projektirten Baubörse, über welche wir in No. 75 cr. ein längeres Referat gebracht haben, dem Vernehmen nach in gutem Fortgange sich befinden und weitere spezielle Nachrichten über das Unternehmen in Kürze zu erwarten sind.

Resultate der Enquête über das Urheberrecht auf dem Gebiet der bildenden Kunst. Mit einer anerkannt werthen Raschheit scheint der genannten Enquête, über welche wir in den No. 71 und 73 cr. referirt haben, die Verwirklichung ihrer Ergebnisse folgen zu sollen.

Wie politische Blätter berichten, hat bereits in der Bundes-

raths-Sitzung vom 1. d. M. die Vorlage von 3 Gesetzentwürfen stattgefunden, welche betreffen: 1) das Urheberrecht an Kunstwerken, 2) das Urheberrecht an Mustern und Modellen und 3) den Schutz der Photographie. Alle 3 Gesetzentwürfe sind zur Vorberathung dem für Handel und Verkehrswesen bestehenden Ausschuss des Bundesraths überwiesen worden, von dessen Standpunkt zur Sache das weitere Schicksal dieser Vorlagen abhängig sein wird.

Was über den Inhalt der Gesetzentwürfe bis jetzt verlautet, ist zwar unvollständig und klingt etwas nach der gewöhnlichen Reporter-Schablone; nichtsdestoweniger sehen wir uns veranlasst, die Hauptpunkte, welche zur Kenntniss gekommen, schon hier mitzutheilen, und wir können dies um so eher thun, als wir aus mehreren Quellen gleichzeitig schöpfen und demnach wohl die Wahrscheinlichkeit für uns haben, aus der Mannichfaltigkeit das Zuverlässige herauszufinden.

Nach dem Gesetzentwurf sub 1 wären von den Werken der bildenden Künste die Erzeugnisse der Baukunst ausdrücklich auszuschliessen. Mit dieser Gebietseinschränkung soll jede Nachbildung von Kunstwerken ohne Genehmigung des Berechtigten verboten sein. Der Schutz gegen Nachbildung wird für Lebensdauer des Urhebers und 30 Jahre nach seinem Tode gewährt. — Vereine von Sachverständigen, gebildet aus Künstlern verschiedener Kunstzweige, Kunsthändlern, Kunstgewerbetreibenden und Kunstverständigen, sollen Gutachten darüber abgeben, ob in einem betr. Falle eine Nachbildung von Kunstwerken vorliegt. — Ältere Gesetze gelangen mit dem Inkrafttreten des neuen zur Aufhebung und ist dann die Ertheilung von Privilegien zum Schutze des Urheberrechtes nicht mehr zulässig. Den Inhabern solcher Privilegien ist es frei gestellt, davon ferner Gebrauch zu machen, oder auch den Schutz des neuen Gesetzes anzurufen. — Das Gesetz findet auch auf solche Kunstwerke deutscher Künstler, welche im Auslande erscheinen, Anwendung und schützt gleichfalls die Werke ausländischer Künstler, welche in Deutschland erscheinen. —

Nach dem Gesetz-Entwurf ad 2 sollen ausschliesslich der Urheber oder die inländische gewerbliche Anstalt, oder der Eigenthümer, welcher zur Anfertigung Auftrag gegeben, das Nachbildungsrecht eines Modells oder Modells besitzen. Das Urheberrecht ist erblich und übertragbar. Der Schutz wird auf 5 Jahre gewährt, und kann auf 15 Jahre ausgedehnt werden, jedoch nur dann, wenn die Eintragung in ein anzulegendes Muster-Register erfolgt; dasselbe wird von den mit Führung der Handels-Register beauftragten Gerichtsbehörden geführt und kann von Jedermann eingesehen werden. Jede Eintragung kostet 10 M., jeder Schein oder Auszug aus dem Muster-Register 1 M. Bei einer über 5 Jahre verlängerten Schutzfrist wird für jedes weitere Jahr 1 M. für jedes (einzelne) Muster oder Modell entrichtet. — Gutachten werden von Sachverständigen-Vereinen abgegeben. —

Im Gesetzentwurf sub 3 wird stipulirt, dass das Recht der Nachbildung eines durch Photographie hergestellten Werkes nur dessen Verfertiger zusteht. — Photographien, welche bereits gegen Nachdruck geschützt sind, fallen nicht unter das Gesetz. — Der Schutz wird auf 5 Jahre gewährt, das Urheberrecht ist erblich und übertragbar. Auch hier sind Sachverständigen-Vereine für Abgabe von Gutachten niederzusetzen. — Das Gesetz findet auch auf solche Werke Anwendung, welche durch ein der Photographie ähnliches Verfahren hergestellt werden. —

Augenscheinlich enthalten diese Angaben manche Lücken und sind Vervollständigungen abzuwarten, bevor ein Urtheil über den Inhalt der Gesetze gefällt werden kann. So viel jedoch lässt sich schon jetzt ersehen, dass die Entwürfe im allgemeinen den Tendenzen der Mittelparteien folgen, welche an die Stelle der bisherigen Rechtlosigkeit einen massigen Schutz der geistigen Arbeit setzen wollen, ohne darüber die von der Neuzeit geforderte Schonung der möglichsten Verkehrs- und Gewerbs-Freiheit aus dem Auge zu verlieren. —

Berliner Stadtbahn.

(Fortsetzung.)

Die jetzige, nach der Auffassung ausgedehnter Kreise der Stadtbevölkerung wenig erfreuliche Lage des Stadteisenbahn-Baues findet eine theilweise Erklärung in den eigenthümlichen Formen, unter denen das Unternehmen nach der drohenden Wahrscheinlichkeit des einstweiligen Scheiterns im Jahre 1873 schliesslich zu Stande gekommen ist. Es ist, um den Sitz der Verschuldung genau zu erkennen, nicht zu umgehen, einige Hauptpunkte aus der Vorgeschichte des Unternehmens hier zu berühren.

Bekanntlich liess auf Betreiben des ursprünglichen Unternehmers der Berliner Stadt-Eisenbahn der Staat sich herbei, unter Zuziehung von 3 in Berlin vertretenen Privat-Bahngesellschaften in die Fortführung des Unternehmens einzutreten, als die Kräfte der D. Eisenb.-Bau-Gesellsch. sich als unzulänglich erwiesen hatten. Man weiss, dass höhere technische Kreise der Staatsverwaltung sich zur förderlichen Mitwirkung bei dem Vorgehen der letzteren nur schwer, wenn überhaupt jemals bis auf diesen Tag, entschlossen haben. Wenn trotzdem das Eingreifen des Staats schliesslich erfolgte und dieser sich, um die Angelegenheit fertig zu bringen, sogar dazu verstand, von seinem mächtigen Einflusse auf die oben erwähnten Privat-Bahnen Gebrauch zu machen und dieselben zur finan-

ziellen Mitbetheiligung an dem Unternehmen der Stadtbahn heranzuziehen, einem Unternehmen, dem alle 3 Bahnen eine verlockende Seite nicht abzugewinnen vermochten, so hat man diese Thatsachen jedenfalls als das Ergebniss von Erwägungen sehr durchschlagender, nicht aber derjenigen Art anzusehen, die in den offiziellen Verhandlungen über den Gegenstand s. Z. zu Tage getreten ist. Wir muthmaassen, dass hier, wie in vielen anderen Fällen, in denen der Staat auf dem Gebiete des Bauwesens eine besondere Rührigkeit entwickelt, militärische Rücksichten die Haupttriebfeder gewesen sind, und wir vermögen den Motiven, die in der betr. Gesetzvorlage an den Landtag aufgeführt sind, als: Ersparung der Anlagekosten eines neuen grossen Bahnhofs bei Berlin, Rentabilität des Unternehmens, endlich Verbesserung der schlimmen Wohnungsverhältnisse in der Reichshauptstadt, nur einen sekundären Werth beizulegen, trotz alledem, was Seitens des Handelsministers Dr. Achenbach in der 25. und 27. Sitzung des Abgeordnetenhauses (Januar 1874), über die Bedeutung dieser Gründe geredet worden ist. Wir stützen diese Muthmassung nicht nur auf Gründe der äusseren Wahrscheinlichkeit, sondern leiten dieselbe aus der im besonderen Grade auffälligen Thatsache her: dass die Staatsverwaltung weder bei den Vorverhandlungen noch jemals später auch nur den Versuch gemacht hat, die Kommune Berlin, die im höchsten Grade bei der Durchführung des Projekts interessiert ist, zu einer werththätigen Betheiligung an demselben heranzuziehen. Eine solche Betheiligung erschien durchaus natürlich und es ist nicht abzusehen, warum die Stadt, welche viele Millionen für Wasserleitung und Kanalisation ausgiebt, nicht auch einige Millionen für das, ihre Interessen in nicht minderem Grade wie jene Anlagen berührende Stadtbahnunternehmen herzugeben vermocht hätte. Schlechterdings sind aus den Motiven, welche der Oeffentlichkeit vorliegen, die Thatsachen nicht zusammen zu reimen, dass man einerseits widerstrebende Gesellschaften, von denen mehr schon damals faktisch in Nothlagen befanden, mit Anwendung einigen Zwanges zur finanziellen Mitbetheiligung an einem Unternehmen, das keineswegs ihre vitalen Interessen berührte, heranzog, während man andererseits die finanziell günstig situierte Kommune Berlin, deren ganzes Verkehrsleben in der allererheblichsten Weise von der Stadteisenbahn-Anlage berührt wird, bei der Konstituierung der Gesellschaft völlig aus dem Spiele gelassen hat.

Es ist durch diese theilweise Verschiebung der natürlichen Grundlagen des Stadtbahn-Unternehmens von vorn herein ein Moment in dasselbe hineingetragen worden, das von üblen Einwirkungen auf die Interessen der Stadt Berlin überhaupt nicht frei bleiben kann. Eine Verschlimmerung dieses Moments hat sich dann später noch durch die äussere Form ergeben, in welche die Durchführung des Stadtbahn-Unternehmens eingekleidet worden ist.

Jene äussere Form stellt sich dar als die eines reinen Aktienunternehmens. Die Verhältnisse desselben sind aber so eigenartige, dass es, wie bekannt, der Anwendung einiger juristischen Kunstleistungen bedurft hat, um die sogen. Berliner Stadteisenbahn-Gesellschaft unter das schützende Dach der Gesetzgebung über das Aktiengesellschaftswesen zu bringen. Als eine der eigenthümlichsten Bestimmungen der Gesellschaftsstatuten darf wohl diejenige angesehen werden, dass die gesammte Bau- und Betriebs-Verwaltung der Aktiengesellschaft „Berliner Stadteisenbahn“ dem Staat übertragen ist, der eine „Königliche Direktion“ einsetzt, welche als Vorstand der Gesellschaft funktioniert. Zwar steht konform den gesetzlichen Bestimmungen neben der Direktion ein sogen. Aufsichtsrath, doch mag bezweifelt werden, ob die Leistungsfähigkeit desselben über die der Aufsichtsräthe gewöhnlichen Schlages hinausgehen, ja nur dieselbe erreichen kann, da das Gesellschaftsstatut fordert, dass im Aufsichtsrath den Vertretern der Privat-Bahngesellschaften die Vertreter des Staats gleichberechtigt gegenüberstehen. — Praktisch aufgefasst liegt die Sache so, dass die „Aktiengesellschaft Berliner Stadteisenbahn“ zwar formell besteht, der Staat aber derjenige ist, der mit Zuhilfenahme einiger von Privaten eingeschossenen Kapitalien die Stadteisenbahn baut und demnächst auch betreiben wird.

Gegen die Leitung des Betriebes durch den Staat wird vernünftiger Weise kaum etwas eingewendet werden können. Der Besitz der Berliner Ringbahn und der von mehreren anderen in Berlin mündenden Bahnen in der Hand des Staats weisen nothwendig darauf hin, dass der Betrieb der Stadteisenbahn ausschliesslich den Händen der Staats-Verwaltung anheimfalle. Dass aber der Staat auch ausschliesslich den Bau der Bahn auszuführen hat, ist für die direkt betroffene Reichshauptstadt eine Thatsache von ziemlicher Unerquicklichkeit. Nicht nur, dass Gesamtaufassung und Erziehung der Beamten des Staats hinsichtlich der Behandlung und der möglichen Fruchtbarmachung von Unternehmungen der vorliegenden Art auf ein meist recht enges Gebiet anweisen, so sind auch die Grenzen dieses Gebiets durch reglementarische und Dienst-Bestimmungen, durch die Ueberwachung der Ober-Behörde und sonstwie ziemlich scharf fixirt und man darf an einen Beamten gewöhnlichen Schlages, wie er in der Mehrzahl überhaupt nur vorkommen wird, nicht die Anforderung erheben, dass derselbe etwa in genialer Weise über den Ring der bestehenden Vorschriften hinauszugehen wisse, um in die Lage zu kommen, Werke zu

schaffen, deren Nutzen über das unmittelbare fiskalische Bedürfniss des Staats hinausreicht, selbst wenn sich ein erheblicher Nebennutzen sei es für den Staat, sei es für einen Dritten bei einem solchen Vorgehen auf leichte Weise erreichen lässt. Hierin eben finden wir den Kernpunkt der jetzigen üblen Lage des Stadtbahnbaues. —

In welcher speziellen Weise die eben berührten Momente ihre Wirkung bis jetzt faktisch geäußert haben, wird nunmehr zu besprechen sein.

Die Stadt Berlin befindet sich hinsichtlich der Bedingungen befriedigender sanitärer Zustände, in Bezug auf eine der Bedeutung der Stadt entsprechende äussere Erscheinung, sowie auf eine günstige Position der zahlreichen öffentlichen Gebäude, endlich in Bezug auf die Möglichkeit einer leichten Bewältigung des bedeutenden Verkehrs, der in derselben seinen Sitz hat, anerkanntermaassen im Vergleich zu Städten ähnlichen Ranges im Rückstande. Es ist das zum Theil das Ergebniss früherer karglicher Zeiten, zum Theil auch das der stadtseitig unverschuldeten Thatsache, dass die Verwaltung derjenigen Verhältnisse, zu denen die oben hervorgehobenen belangreichen Punkte rechnen, in den Händen von Staats- und Gemeindebehörde derartig vertheilt ist, dass eine Zersplitterung und eine Rivalität unter den verschiedenen Instanzen hervorgerufen wird, die ihresgleichen sucht. Jahre lange Verschleppungen von vielleicht ganz einfachen Sachen, Scheu vor der umfassenden Behandlung von Fragen, die nicht einseitig zu erledigen sind, langjährige provisorische Behelfe und stückweises Weiterarbeiten an Stellen, wo durchgreifende Aenderungen durchaus noth thäten, sind die unmittelbaren Folgen dieser Zustände. In sehr vielen Fällen nehmen die Sachen eine derartige Wendung, dass der Einfluss der Gemeindebehörde in Fragen, die ihr eigenes inneres Interesse berühren, auf Null hinabgedrückt wird, oder dass die Stadt als bequem erreichbarer Prügelknabe von allen Behörden benutzt wird, die unter sich über irgend einen Gegenstand nicht ins Reine zu kommen vermögen.

Einen ähnlichen Verlauf, wie den letztangedeuteten, scheint auch der jetzt vorliegende Stadteisenbahn-Bau nehmen zu wollen. Niemals bis heute hat die Stadt Berlin ein Unternehmen an sich herantreten sehen, das gleichzeitig für alle oben hervorgehobenen Punkte von solch einschneidender Bedeutung ist, wie die Stadtbahnanlage. Eine Umgestaltung des ganzen inneren Verkehrs wesens muss, eine Verbesserung der sanitären Zustände grosser Stadtgegenden könnte davon die Folge sein, und zur Durchführung zweckmässiger Dispositionen über öffentliche Gebäude sowie Entlastung einiger Stadttheile von einem sie jetzt überlastenden Verkehr ist dadurch eine so günstige Gelegenheit gegeben, wie sie sich kaum jemals wieder bieten dürfte.

In allen hier bezeichneten Rücksichten bildet nun die Frage nach Beibehaltung oder Zuschüttung des Königsgrabens den Kardinalpunkt und allen jenen Rücksichten kann man in ausreichender Weise nur gerecht werden, wenn die Frage im Sinne einer Kassirung desselben erledigt wird. So gewiss wie hierüber an urtheilsfähigen Stellen keinerlei Zweifel bestand und besteht, mit eben so grosser Gewissheit glaubte man daher allseitig stillschweigend darauf rechnen zu können, dass mit dem Inslebentreten der Stadtbahn eine Erlösung von dem alten Uebel des Königsgrabens sich vollziehen werde. Man hielt sich hiervon um so sicherer überzeugt, als eine befriedigende Trace der Stadteisenbahn selbst ohne die Zuschüttung des Königsgrabens kaum gedacht werden kann und dem entsprechend auch die ersten, von der Deutschen Eisenbahn-Baugesellschaft entworfenen Projekte die Kassirung des Grabens zur bestimmten Voraussetzung nahmen. — Wie weit man von dieser Aussicht heute entfernt zu sein scheint, darüber in dem folgenden Schlussartikel.

(Schluss folgt).

Brief- und Fragekasten.

Hrn. A. S. in Weimar. Ueber Spezialfälle, in denen Gasöfen sich zu Kirchenheizungen bewährt haben, wissen wir Ihnen augenblicklich keine Mittheilung zu machen; dass sie indess mehrfach dazu angewendet sind und überhaupt in solchen Fällen neuerdings vielfach Anwendung finden, wo man nur auf kurze Zeit eine geringe Erwärmung erzielen will, oder an bestimmten Stellen eines grossen Raums, für den zur regelmässigen Erwärmung eine andere Heizvorrichtung schon besteht, oder in sonstigen ganz speziellen Fällen, ist Thatsache. Fast sämtliche Berliner Firmen, welche Heizanlagen überhaupt ausführen, liefern Ihnen event. auch Gasöfen; das Inseratenblatt d. Ztg. ermöglicht Ihnen eine reichliche Auswahl hierzu.

Hrn. G. in Stettin. Ueber die von Ihnen wegen der Stempelpflichtigkeit von Attesten aufgeworfenen Fragen können Sie sich leicht aus der kleinen Broschüre: die Stempelpflichtigkeit im preuss. Bauwesen, Berlin, Carl Beelitz; pag. 1 und fgd. sowie pag. 39 u. fgd. unterrichten. An dieser Stelle auf den Gegenstand einzugehen, verbietet uns Raumbeschränkung.

Hrn. H. H. in X. Ihre Frage: Ob es angezeigt erscheint, beim Brieger Wasserwerk statt eines massiven Unterbaues ein auf Eisenpfeiler gestelltes Reservoir anzuwenden — unter entsprechenden Vorkehrungen natürlich gegen Gefrieren des

Wassers — erledigt sich wohl ziemlich durch die Bestimmungen des vom Stadtmagistrat zu Brieg zu beziehenden Spezialprogramms, welches Sie einsehen wollen. Völlig von der Konkurrenz ausgeschlossen erscheint uns ein nach Ihren Ideen entworfenes Reservoir durch die Konkurrenzbedingungen freilich nicht. — Zu einer Beantwortung Ihrer Anfrage im ganzen Sinne derselben können wir uns unmöglich für kompetent erachten.

Abonn. in A. Die speziellen Angaben über die Bauverwaltung der Bahn Berlin-Koblenz finden Sie in der Nummer 53 cr. dies. Ztg.

Hrn. R. H. in S. Dr. A. Rueff in seinem Werke: Bau und Einrichtung der Ställen und Aufenthaltsorte unserer nutzbaren Haustiere, Stuttgart 1875, spricht sich pag. 35 u. fgd. vom thierärztlichen Standpunkte aus für, vom Standpunkt des Bautechnikers aus aber gegen die Anwendung von Asphalt als Fussboden in Pferdeställen aus; dem Urtheil nach letzter Richtung hin möchten wir indess sonderliche Bedeutung nicht beilegen, weil augenscheinlich dem Verfasser das Asphaltmaterial besserer Art unbekannt geblieben ist. Dr. Rueff empfiehlt, in der Asphaltfläche zahlreiche Kerben anzubringen, oder auch derselben nur das schwache Gefälle von 20‰ zu geben; letzteres soll erst auf den hinteren 2/3 der Ständlänge stattfinden, während das vordere 1/3 horizontal anzulegen ist. — Dass in diesem vorderen Theil eine Pflasterung aus Holz verwendet wird, ist recht zweckmässig.

Abonn. L. in Erfurt. Wie in einem Hauskeller, mit dessen Sohle man wegen Grundwasserstand nicht tiefer als 1,6 — 1,9m unter Terrainhöhe hinabgehen kann, die bis zu 14° betragenden Temperaturschwankungen möglichst einzuschränken sind? ist eine Frage, die von der Ferne aus kaum genügend beantwortet werden kann. Wenn es dem Standort etc. des betr. Gebäudes nach zulässig ist, Umpflanzungen mit möglichst dichtem Buschwerk auszuführen, oder auch die Unterkellerung auf die dem direkten Sonnenlicht abgekehrte Hausseite zu beschränken, oder wenn die Lichtzuführung durch Fenster auf ein möglichst geringes Maass reduziert werden kann, so sind schon in der Ausnutzung dieser natürlichen Verhältnisse einige Mittel geboten, deren Wirkung nicht zu unterschätzen ist. Finden aber die Voraussetzungen, auf denen die Heranziehung dieser Mittel beruht, in Ihrem Falle nicht statt, so kann nur durch künstliche Isolirmittel geholfen werden. Als solche dienen besonders Hohl- bzw. Doppelmauern mit Zwischenraum für eine ruhende, nicht zirkulierende Luftschicht, sowie die Füllung eines zwischen der Kellerdecke und dem darüber liegenden Fussboden anzubringenden Hohlraumes mit einem für Wärmeleitung möglichst ungünstigen Körper. Als solcher hat sich in der neuesten Zeit insbesondere die sog. Schlackenwolle bewährt, welche anscheinend zwar sehr kostspielig ist (pro Ztr. 7—8 M.), durch die Reduktion der Schichtdicke aber auf nur wenige Zentimeter (4—6), welche dabei zulässig ist, sich dennoch nicht gerade hoch im Preise stellt. Auch die Infusorienerde ist als ein recht wirksames Isolirmittel gegen Wärmeleitung bekannt.

Hrn. C. S. in Bromberg. Die bisherige Verwaltung des Strassenbauwesens in Preussen ist, nach dem, was Sie in Ihrer Zuschrift mittheilen, zu schliessen, im Grossen und Ganzen die gleiche wie in Bayern; nur in der Provinz Hannover bestehen aus früherer Zeit abweichende Einrichtungen, die sich sehr gut bewähren. Gegenwärtig geht im ganzen Umfange des preussischen Staats das gesammte Strassen- und Wegebau-Wesen auf die Provinzial-Verwaltungen über und es ist noch nicht zu übersehen, wie dabei die Verwaltung in den Details sich gestalten wird. Dass jedoch ziemlich verschiedene in den einzelnen Provinzen sich herausbilden werden, ist anzunehmen, da durch das betr. Gesetz den Provinzial-Behörden so gut wie vollständig freie Hand in dieser Angelegenheit gelassen ist. Eine eigentliche Aufsichts-Instanz bildet die Staatsbehörde für das preussische Wegebauwesen in Zukunft überhaupt nicht mehr. — Neuerdings sind 3 kleine Broschüren — Herzbruch: Ueber Strassenbau mit besonderer Berücksichtigung Ostpreussens, Königsberg 1873; Schlichting: Bemerkungen über Kunststrassen in Ostpreussen etc., Tilsit 1874; und Schultze: Ueber den Kreis-Chausseebau speziell in der Provinz Brandenburg, Guben 1875 — zu diesem Gegenstande erschienen, deren Studium Ihnen vielleicht erwünscht ist. Das Wege-Wesen in England ist sehr vielköpfig und auf durchaus anderer Grundlage gestaltet als das in Deutschland, was sich insbesondere darin zeigt, dass viele Strassenbauten in England als Privat-Unternehmungen durchgeführt sind. Spezialwerke darüber bedauern wir Ihnen nicht bezeichnen zu können.

Hrn. S. in Husum. Der Grund, dass Ihr 170m langes Sprachrohr total versagt, liegt höchstwahrscheinlich nur darin, dass die Leitung nicht einheitlich, sondern zum Theil aus Eisen-, zum Theil aus Bleiröhren hergestellt ist. Die Berührung von ungleichen Metallen in Sprachrohrleitungen ist durchaus zu vermeiden, weil dabei ungleichartige Schwingungen der Luftwellen entstehen, die sich gegenseitig stören. Der von Ihnen gewählte Durchmesser von 2m dürfte zwar zur Noth ausreichend sein, ist indess bei der verhältnissmässig grossen Länge der Leitung keinesfalls als reichlich bemessen anzusehen.

Inhalt: Terraineinsenkung am Bahnhof Horgen der linksufrigen Zürichsee-Bahn. — Zur Errichtung einer permanenten Bauindustrie-Ausstellung im Hause des Berliner Architekten-Vereins. — Versammlungen von Architekten und Ingenieuren des Auslandes. — Sicherheitsvorrichtungen an Thüren. — Zur Ausführung des Baues der Berliner Nordbahn. — Brief- und Fragekasten. — Marktbericht des Vereins „Berliner Bau-Interessenten.“

Terraineinsenkung am Bahnhof Horgen der linksufrigen Zürichsee-Bahn. Diese am 22. Septbr. d. J., 3 Tage nach Eröffnung der der Schweiz. Nordost-Bahn zugehörigen Strecke erfolgte Einsenkung hat in allen Tagesblättern grosse Beachtung gefunden und vielfachen herben Tadel veranlasst, eines theils gegen die Ingenieure, welchen angeblich von alten Bewohnern des Seegeländes der Bau auf dem, muthmaasslich stundenweit unterwaschenen Ufern abgerathen worden sein soll, anderentheils gegen die Bahnpolizeibehörde, welche nach der „Kollaudation“ am 13. September die Strecke für betriebsfähig erklärt hat. —

Die über den Unfall angeordnete Untersuchung wird vielleicht das Urtheil klären und die Veranlassung der sehr beträchtlichen Terraineinsenkung konstatiren können; sicher aber ist bereits jetzt, das mancher gute Rath, welcher nachträglich erteilt worden ist, auf falscher Anschauung basirt und die thatsächlichen Verhältnisse nicht berücksichtigt. —

Die linksufrige Zürichseebahn liegt bei Station Thalweil 29 m über dem Seespiegel. Sie senkt sich bis Horgen zum See herab, weil einflussreiche und maassgebende Persönlichkeiten auf die Anlage einer Station bei Horgen dicht am See als Umładestation drangen, obschon der Grunderwerb bei dieser Trace durchschnittlich fast 9 M. pro □ m kostete und neben vielen Kunstbauten die Beseitigung zahlreicher Häuser nebst Gärten und Weinbergen erforderlich wurde.

Als schon im vergangenen Frühjahr südlich von Station Horgen ein Stück Bahnstrecke in den See versank und weder massenhafte Nachschüttung noch Pfahlwand diesem Uebelstand Abhilfe schaffte, entschloss man sich, die Trace von Station Horgen ab landeinwärts zu verlegen. Bei der späteren kommissarischen Begehung der Bahnstrecke war gerade die für 1 Gleis erforderliche Einschnittsbreite hergestellt, und ergab diese Stelle zu Beanstandungen keine Veranlassung.

Am 22. September cr. früh zeigten sich jedoch auf dem 400 m langen Bahnhof Horgen, der zum Theil auf altem Terrain, zum Theil auf Neuanschüttung liegt, Senkungen, welche die Einstellung des Betriebes veranlassten. Gegen Mittag dieses Tages war der zwischen Dampfschiff-Landungsbrücke und Güterschuppen gelegene, etwa 130 m lange Bahnhofstheil verschwunden, und Stationsgebäude und Güterschuppen standen an einem neu gebildeten Uferstrand. Der Seeboden, der an der Bahnhof-Quaimauer (62 m vom Stationsgebäude entfernt) beim Bau 2 m tief angetroffen war, hatte sich bis auf 16 m Tiefe gesenkt und bis 190 m von der Bahnaxe aus nach dem See hinein war die Einsenkung nachweisbar. Die eingesunkene Masse ist auf ca. 200 000 kb³ zu schätzen; sie hat mithin ein so grosses Gewicht, dass an eine Erschütterung durch die darüber fahrenden Züge kaum gedacht werden kann.

Die Ursachen des Ereignisses, welches insofern glücklich verlief, als kein Menschenleben dabei verloren ging und auch der Eisenbahngesellschaft das Haftpflichtgesetz nicht empfinden lassen, in seinen Folgen aber sehr kostspielig sein und den Betrieb auf lange Zeit empfindlich stören wird, dürften darin zu suchen sein, dass in den Sandsteinschichten Lager von Mergel sich befinden, welche der See im Laufe der Zeit ausgewaschen haben mag, so dass unter dem Sandsteingrund ein Hohlraum sich befand, der trotz sorgfältigster Sondirungen und auch bei den Pfahlgründungen nicht nachgewiesen wurde.

Erst wenn die Ausdehnung dieser Auswaschung konstatirt worden ist, wird sich entscheiden lassen, ob diese kostspielige Trace ganz verlassen werden muss, oder ob man dieselbe etwa mit geringer Verlegung wird beibehalten können.

Zur Errichtung einer permanenten Bauindustrie-Ausstellung im Hause des Berliner Architekten-Vereins.

Vielen unserer Leser wird es interessant sein, von Schritten Kenntniss zu erhalten, die zur Verwirklichung des in der Ueberschrift bezeichneten Gegenstandes jetzt erfolgt sind.

Indem wir auf die in unserer No. 61 cr. enthaltenen vorläufigen Mittheilungen zu diesem Punkte Bezug nehmen, berichten wir über die weiteren Stadien, welche das Projekt zur Errichtung einer permanenten Bauausstellung biher durchlaufen hat, dass am 29. v. M. auf Antrag des Vorstandes des Architektenvereins die Deputirten des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Berlins mit einigen Deputirten des Architektenvereins zu einer Berathung darüber zusammengetreten sind, auf welche Weise die nöthigen Einleitungen zur Errichtung der projektirten Bau-Ausstellung im neuen Vereinshause am zweckmässigsten ins Leben zu rufen wären?

Die genannten beiden, in sich geschlossenen grossen Körperschaften repräsentiren die Haupt-Konsumenten der Erzeugnisse der Bauindustrie. Es gebührt denselben daher auch der entscheidende Einfluss auf die Gestaltung dieses Unternehmens, dem sie durch ihr Interesse und ihre direkte Betheiligung die nöthige Lebensfrische geben müssen. — Der Vorsitzende des Archit.-Vereins, Hr. Hobrecht, der der Versammlung präsidierte, erläuterte zunächst die ausgestellten Pläne des neuen Vereinshauses und knüpfte hieran die Fragestellung: ob die für die Bauindustrie-Ausstellung disponirten Räume als zu dem beabsichtigten Zweck geeignet anerkannt würden? Diese Frage fand eine einstimmige Bejahung. So-

niereuren des Auslandes. — Sicherheitsvorrichtungen an Thüren. — Zur Ausführung des Baues der Berliner Nordbahn. — Brief- und Fragekasten. — Marktbericht des Vereins „Berliner Bau-Interessenten.“

dann wurde die weitere Frage zur Diskussion gestellt: Welche Schritte zu thun seien und welche Kreise man heranziehen müsse, um das Inslebentreten der Ausstellung anzubahnen? Nach längerer Erörterung dieses Punktes kam man überein, ein Komitè zu bilden, das aus 6 Mitgliedern des Architekten-Vereins, 6 Mitgliedern des Bundes und 6 Vertretern der Bauindustrie bestehen soll.

In Bezug auf die Ernennung der letzterwähnten Komitè-Mitglieder war man einstimmig darin, dass dieselben in Zukunft aus der freien Wahl der sich an der Ausstellung betheiligenden Industriellen hervorgehen müssten; vorläufig jedoch sei diese Mitgliedergruppe dadurch zu bilden, dass an die hiesige Polytechnische Gesellschaft sowie an das Komitè, welches für den Bau eines Industrie-Ausstellungsgebäudes hier bisher gewirkt hat, das Ersuchen gerichtet werde, je 2 geeignete Bauindustrielle für den Eintritt in das Komitè zu bezeichnen. Das so zusammengesetzte vorläufige Komitè soll sich durch Ko-optation auf die normale Zahl von 18 Mitgliedern ergänzen. —

Was die Einrichtung der Ausstellung betrifft, so traf man in der einstimmigen Meinung über folgende Punkte zusammen:

1) Dass als Ausstellungsgegenstände lediglich solche aufzunehmend sind, die der Industrie des Bauwesens angehören, wenngleich hierbei in möglichst weitem Sinne geurtheilt werden soll.

2) Dass die Ausstellung eine permanente sein soll, jedoch dafür Sorge zu tragen ist, dass die Ausstellungsgegenstände fortwährend wechseln. Demnach sei die Dauer der Ausstellung der einzelnen Stücke bezw. Kollektionen in angemessener Weise zu beschränken.

3) Dass im Ausstellungslokal ein besonderer Raum für solche Gegenstände zu reserviren sei, die für bestimmte Bauausführungen angefertigt, nur auf einige Tage oder Wochen zur Ausstellung gelangen.

4) Dass es sich empfehle, über den Raum derartig zu disponiren, dass zeitweise kleinere Spezial-Ausstellungen von solchen Gegenständen stattfinden könnten, die ausschliesslich einer und derselben Gruppe von Erzeugnissen angehören, z. B. Bautischlerei-Arbeiten, Bauschlosserei-Arbeiten, Gegenstände für Wasserleitung etc. —

Auf Fassung von Beschlüssen ganz bestimmten Inhalts glaubte die Versammlung im Interesse der möglichsten Bewegungsfreiheit des demnächst zusammentretenden Komitès verzichten zu sollen. Denselben würden nur die vorstehend mitgetheilten Sätze als allgemeine Normen zur Berücksichtigung zu überweisen sein.

B. —

Versammlungen von Architekten und Ingenieuren des Auslandes. Gelegentlich der in Florenz zwar post festum aber mit grossem Pomp und unter allgemeiner Betheiligung begangenen Feier der 400 jährigen Geburt Michel Angelo's hat daselbst neben anderen Kongressen auch eine Versammlung italienischer Architekten und Ingenieure getagt, die am 12. September zusammentrat. Die Versammlung, welche durch eine Rede des Ingenieurs Pieri eröffnet wurde, war die zweite ihrer Art in Italien. Sie theilte sich in nicht weniger als 6 Sektionen, nämlich: I. Architektur, II. Zivil- und Strassenbau, III. Flussbau, IV. Seebau, V. Mechanik und technologische Physik, VI. Ingenieurwesen, angewendet auf den Ackerbau. Umfassend wie das Gebiet, welches hiernach den Verhandlungen zu Grunde lag, war das Programm der einzelnen Sektionen, das für Sektion I 26 Fragen, für S. II 42 Fr., für S. III 24 Fr., für S. IV 17 Fr., für S. V 15 Fr., für S. VI 36 Fr. enthielt. Schwerlich dürfte dasselbe ganz erledigt worden sein, zumal viele der einzelnen Fragen — z. B. die erste der architektonischen Sektion: Ueber die Grenzen zwischen einem Architekten und einem Ingenieur — ziemlich doktrinär gewesen zu sein scheinen. — Sollten wir in den Besitz genauerer Nachrichten gelangen, so behalten wir uns weitere Mittheilungen vor. —

Zum 8. Oktober war eine freie Versammlung des Vereins schweizer Ingenieure und Architekten nach Bern berufen. Als Hauptzweck derselben ist in dem von 6 Mitgliedern des Vereins unterzeichneten Einladungsschreiben der Wunsch betont, den seit 4 Jahren nicht mehr zusammengetretenen und daher fast ganz aufgelösten Verein neu zu bilden. Die Berathung über ein neues Statut soll einer Delegirten-Kommission übertragen werden. Eventuell sollen Vorträge, ausserdem aber Besichtigungen bemerkenswerther Bauwerke in Bern stattfinden, während zum Schluss der Versammlung eine Exkursion nach der Jurabahnstrecke Biel-Reuchenette zur Besichtigung dieser und der Juragewässer-Korrektion, sowie eine zweite Exkursion nach Thun und Thunerhof und demnächst zur Besichtigung der Aar-Korrektionsbauten geplant ist.

Sicherheitsvorrichtungen an Thüren. Zu unserm betr. Artikel in No. 23 cr. erhalten wir eine Notiz, in welcher kurz eine anscheinend recht praktische Einrichtung beschrieben wird, welche in der Umgebung von Bremen bei Kaufmannshäusern, Gasthöfen etc. vielfach in Gebrauch sein soll. Die Einrichtung, welche darauf hinausgeht, Ein- und Austritt einer Thür erkennbar und unterscheidbar zu machen, besteht in

der Anbringung eines bogenförmigen Eisenstabes, der eine Anzahl Glocken (5—6) von ungleicher Grösse trägt, an dem Thürriegel. An der Thür ist eine Feder befestigt, welche beim Auf- und Zugehen der ersten die Glocken der Reihe nach streift und zum Anschlagen bringt. An der mit umgekehrter Reihenfolge der Töne entstehenden Tonleiter wird nun leicht erkannt, ob die Thür zum Öffnen oder zum Schliessen in Bewegung gesetzt ist, und ebenso ist erkennbar, ob etwa die Thür in halb geöffnetem Zustande stehen gelassen ist.

Hinzugefügt wird in der uns mitgetheilten Notiz die Bemerkung, dass das entstehende Glockengetöse bei günstiger Wahl in der Grösse und Aufeinanderfolge der Glocken nicht so erheblich ist, als man anzunehmen geneigt sein könnte.

Zur Ausführung des Baues der Berliner Nordbahn. Durch Königlichen Erlass vom 22. September d. J. hat der Handelsminister die Ermächtigung erhalten, die Vollendung des Baues, sowie die künftige Verwaltung der in Folge des Gesetzes vom 9. Juli 1875 für Rechnung des Staates erworbenen Eisenbahn von Berlin nach Stralsund an die Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu übertragen.

Hoffentlich wird man nunmehr bald von einer Inangriffnahme der Arbeiten zur Wiederbelebung der Trümmer dieses, der Krachperiode leider schon als zweites Opfer gefallenen Eisenbahn-Unternehmens hören.

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich.

Der Bau-Inspektor Beyer zu Spandau ist nach Ernennung zum Regierungs- und Baurath der Intendantur des XIV. Armee-Corps zu Karlsruhe überwiesen worden, zur Funktion als technischer Revisor der von den Zivil-Beamten der Militär-Verwaltung bearbeiteten Bauprojekte.

Preussen.

Ernannt: Der Kreisbaumeister Knechtel in Wollstein zum Wasserbau-Inspektor in Breslau. Der Baumeister August Ritter zu Gross-Strehlitz zum Kreisbaumeister daselbst.

Versetzt: Der Eisenbahn-Baumeister Hermann Cramer von Berlin nach Guben.

Brief- und Fragekasten.

Abonn. S. in Spandau. Wir müssen Ihnen anheimstellen, sich mit Ihrer Frage an eine der zahlreichen Adressen zu wenden, die Sie im Inseratentheil d. Bl. unschwer auffinden werden. Für umfassende Auskunftsertheilungen über Fragen der Mathematik und Mechanik, die hier und da vielleicht zu Zweifeln Veranlassung geben, ist der Fragekasten der D. Bztg. unmöglich verwendbar.

Hrn. A. B. H. in Liegnitz. Werke aus neuerer Zeit über Fabrikation und Verwendung von Asphalt sind: Dr. L. Meyen: Der Asphalt und seine Bedeutung für den Strassenbau grosser Städte, Halle 1872; Jeep: Der Asphalt und seine Anwendung in der Technik, Weimar 1867; Malo: Guide pratique pour la fabrication et l'application de l'asphalte et des bitumes, Paris. Endlich auch enthält eine in der Zeitschr. des östr. Ing.- u. Arch.-Vereins, Band XXIV, Pag. 426 u. folgd. gedruckte Abhandlung von Videky sehr viel schätzbares Material zu diesem Gegenstande.

Hrn. Architekt F. in Jena. Ueber Ausführung von Wohnhäusern und Villen besserer Art im Wege der Bildung von Genossenschaften liegen lehrreiche Erfahrungen leider sehr zahlreich, Erfolge dagegen kaum irgendwo vor; zum mindesten gilt dieser Ausspruch für die vielen Baugesellschaften, welche Berlin in den letzten Jahren hat entstehen und verschwinden sehen, ganz allgemein. Wir glauben unter diesen Umständen, dass man die Frage: Wo solche Genossenschaften Erfolge aufzuweisen haben, fast zu dem Range einer Preisfrage erheben könnte; im übrigen sind wir gern erbötig, etwaige Reklamationen und Nachrichten, die uns in Folge der Erwähnung dieses Gegenstandes zugehen könnten, unserm Leserkreise zur Kenntniss zu bringen.

Hrn. A. S. in Hannover. Einige Litteratur-Angaben über darstellende Geometrie und ihre Anwendungen sind folgende: Wolff, die beschreibende Geometrie und ihre Anwendung, Berlin; Schreiber, das technische Zeichnen, Leipzig; Leroy, die darstellende Geometrie, deutsch von Kaufmann, Stuttgart; Behse, darstellende Geometrie mit Rücksicht auf techn. Anwendung, Halle; und Paradies, die Lehre vom Steinchnitt, Hannover. — Zur Baukonstruktionslehre dürfte Ihnen das bekannte Werk von Breymann: Allgemeine Baukonstruktionslehre, Stuttgart, wohl am meisten zu empfehlen sein.

Abonn. in Döbeln. Gelochte Rohre als Quellenfassung bei flach liegender wasserführender Schicht haben sich durchaus bewährt. In einem Boden, welcher statt Wasser abzugeben, dasselbe aufsaugt, kann von einer Quellenfassung überhaupt nicht die Rede sein, sondern es muss das in höheren Quellgebieten etwa schon gesammelte Wasser durch gutgedichtete Rohre zusammengehalten werden.

Folgende uns zugegangene Zuschrift dürfte für die Besitzer des Deutschen Baukalenders Jahrg. 1875 nicht ohne Interesse sein.

Eine Angabe, die auf Seite 20 der Beigabe zum Deutsch. Bau-Kalender pro 1875 sich findet, hat laut Pag. 272 der Zeitschr. f. Bauwesen Jahrgang 1875 zu einer missbräuchlichen Anwendung Veranlassung gegeben. Der Verfasser des dort mitgetheilten Aufsatzes über den Einsturz des Haynauer Rathhausthurnes zitiert darin die Angabe des Kalenders, dass die Zerdrückungsfestigkeit des Ziegelmauerwerks in Kalkmörtel 0,7 bis 4^k pro □^m betrage, übersieht dabei jedoch, dass diese Angabe sich auf Zugfestigkeit bezieht und baut dadurch sein Raisonnement auf falsche Prämisse.

Da den Verfasser wahrscheinlich die Ueberschrift der ersten Kolumne (Zerdrückungsfestigkeit) irre geleitet hat (da derselbe kaum erwarten konnte, unter diesem Rubrum Angaben über Zerdrückungsfestigkeiten zu begegnen), so könnte am Ende in einer neuen Auflage diese Notiz über Zugfestigkeit aus jenem Rubrum ausgesondert werden.

Vielleicht würde auch eine Bemerkung darüber in der Deutschen Bauzeitung das Publikum vor der Annahme bewahren, dass im D. Baukalender 1875 wirklich die erwähnte falsche Angabe enthalten sei.

Wir fügen dieser Zuschrift den Nachsatz bei, dass die vom Hrn. Einsender vorgeschlagene Abänderung, welche wir nach dem vorgefallenen Missverständniss als durchaus zweckmässig anerkennen müssen, im Jahrgang 1876 des D. Baukalenders leider nicht hat getroffen werden können, weil das obige Schreiben uns erst nach dem bereits geschehenen Druck des betr. Kalenderbogens zu Händen kam. Unter diesen Umständen können wir ein Anderes nicht thun, als die vorliegende Zuschrift zu veröffentlichen und dabei für den nächstfolgenden Jahrgang unseres Kalenders jene zweckmässige Abänderung in Aussicht zu stellen.

Die Red. des Deutsch. Baukalenders.

Auszug aus dem offiziellen Markt-Bericht des Vereins „Berliner Bau-Interessenten“ (Berliner Bau-Börse) vom 7. Oktober 1875.

Gruppe I. Das Geschäft in Ziegeln war in vergangener Woche schleppend, da das Angebot die Nachfrage bedeutend überwog; doch stellte sich Nachfrage für billigere Waare heraus. In Zement, Gips, Kalk etc. war Angebot zu mässigen Preisen vorwiegend. Wir notirten: Hintermauerungsziegel I Kl. 36—38 M., II Kl. 34—36 M., III. Kl. 31—33,50 M.; Verblendziegel 66—72 M., Dachziegel 42—48 M., Rathenower 42—48 M., Klinker 40,50—51 M.

Gruppe II. Das Angebot in Nutzhölzern andauernd sehr stark, Käufer fanden sich nur spärlich und zu gedrückten Preisen. Am meisten offerirt wurden hier eingetroffene Ladungen kieferner Riegelhölzer und Mittelwaare in Stamm- und Zopf-Brettern, welche zum Theil, mangels Verkauf, zu Platz gingen: In Rundhölzern gingen einige Posten vom Lieper Lager aus zu Preisen von 0,58—0,80 M. pro kb' je nach Arbeit und Qualität; ebenso wurden einige Ladungen geschnittene blanke Kiefern Balken in Stärken von 21—23, 21—26 u. 23—26^{cm} in den erforderlichen Längen frei Bahn hier per kb^m zu 47—55 M. begeben. Kleine Kiefern Balken geringer Qualität wurden in Ladungen mit 0,80—0,90 M., bessere bis 1,05 M. p. kb' bezahlt. Gebelte Balken in Ladungen erzielten 1,05 bis 1,15 M. p. kb' frei hier.

Gruppe III. Im Wasserleitungs-, Gasleitungs- und Wasserheizungs-Fache zeigte sich stärkere Nachfrage. Die Preise wurden aber sehr gedrückt durch die Konkurrenz infolge mangelnder Privat-Bauhätigkeit; für glasierte Thonröhren war starke Nachfrage.

Gruppe IV. In engl. Schiefer starke Nachfrage aber nur geringe Vorräthe am Platz. Preise daher nominell, weil auf diesjährige neue Zufuhren schwer zu rechnen ist. Schleissches Zinkblech hält sich noch immer hoch. Notirungen 30 M. pr. Ztr. Altes Zinkblech nach Qualität 14—16 M. pr. Z. — In Asphalt, Asphaltdachpappe, Holzzement etc. bei dem herannahenden Schluss der Bausaison ziemlich lebhaftes Geschäft.

Gruppe V. Spiegelglas geschliffen und belegt — gefragt. Andere Materialien als Leim und Farben vielfach gefragt und gehandelt. — Ornamente, Stuck- und Bildhauerarbeiten in Holz und Marmor angeboten. Arbeiten für Malerei, Tapeten, Stoffe, sowie Tapezierwaren bedeutend vertreten. — Bauschlosserei, Beleuchtungsapparate, Bronzegeisserei, sowie Telegraphie in sämtlichen Branchen vertreten; wenn nicht grössere Geschäfte abgeschlossen wurden, so sind solche doch angebahnt. Tischler- und Drechslerarbeiten von besten Firmen angeboten. — Kachelöfen und Kamine gefragt, bei geringem Angebot. — Holzjalousien gefragt und gehandelt.

Gruppe VI. Geld. Erste Hypotheken im Betrage bis 45 000 M. feinste Stadtgegend mit 4¹/₂ % zu haben. Grössere Beträge mit 5 bis 5¹/₂ % je nach Lage. Amortisations-Hypoth. 5¹/₂ % bis 6 %. II. feinste Hypotheken in guter Stadtgegend hinter kleinen Summen innerhalb Feuerkasse mit 5¹/₂ %, hinter grösseren Summen 6 bis 6¹/₂ %; entfernte Stadtgegend innerhalb Feuerkasse 6¹/₂ bis 7¹/₂ %. Restkauf-Hypotheken vielfach angeboten und nur mit grossem Verlust zu begeben. — In Baustellen ruht das Geschäft vollständig.